Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/2 9 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 104. **Bielefeld, Donnerstag, 6. Mai 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Zur Lage.

Kuhhandel?

Die Finanzreform steht jetzt wieder einmal im Zeichen des Kuhhandels. Alle Auflösungsgerüchte sind verschwunden, und wo man noch in einzelnen bürgerlichen Blättern die Auflösungsfrage behandelt, da geschieht es, um die Regierung steinerweichend anzuflehen, ja den Reichstag nicht aufzulösen, weil davon nur die Sozialdemokratie Vorteile habe. In den Wandelgängen des Reichstags ist wieder Ruhe, die Blockfraktionen beraten hinter verschlossenen Türen über die Möglichkeiten eines alle Teile befriedigenden Kuhhandels. Vielleicht zeigen sich schon in kürzester Frist die Resultate dieser „Lösung" der Finanzreform.

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat in einer Sitzung Stellung zu der augenblicklichen Lage genommen und sich offenbar alle Wege offen gehalten, getreu dem seinerzeit von Heckscher ausgesprochenen Grundsatz: Wir erwarten die Parole Bülows. Denn der offiziöse Sitzungsbericht erzählt nur, daß die Fraktionsgemeinschaft von einer besonderen öffentlichen Erklärung Abstand nehmen will, und daß sich Uebereinstimmung über das fernere Verhalten in der Steuerkommission ergab.

Die nationalliberale Fraktion beschloß, im Gegensatz zu der so drohend aussehenden Erklärung Webers in der Finanzkommission, ruhig weiter mitzuarbeiten, da Bülow ja auf die Mitarbeit der Nationalliberalen rechne. Und die „Kölnische Zeitung" freut sich der Ueberwindung der Krise so, daß sie gleich mit neuen Steuervorschlägen aufwartet. Den Reiz der Neuheit hat jedenfalls die u. a. vorgeschlagene Gesindesteuer für sich. Bei Annahme eines Durchschnittsertrages von 15—20 Mk. pro Kopf rechnet man, daß diese Gesindesteuer einen Ertrag von 25 Millionen bringen würde. Weiter wird eine Steuer von 10 Pfg. pro Woche und Kopf für alle Arbeiter, Dienstboten und Angestellte, die versicherungspflichtig sind, vorgeschlagen. Diese Steuer soll 50 Millionen einbringen.

Angesichts dieser Wendung ist nicht weiter verwunderlich daß man in nationalliberalen Kreisen selbst mit der Behauptung hervortritt, es sei dem diplomatischen Talent Bülows gelungen, die Verwirrung der letzten Tage durch kluge Schachzüge in Wohlgefallen aufzulösen.

Die „Börsenzeitung" schreibt:

„Das gegenwärtige Tagen der Finanzkommission erscheint bei der augenblicklichen Lage der Verhältnisse in bezug auf die Steuerreform wie ein Verlegenheitshinhalten, um die Entscheidung nicht zu beschleunigen. Die Fraktionen beraten unterdessen vertraulich, während auf der anderen Seite die Regierung neue Pläne ausarbeitet, ebenfalls um alle Möglichkeiten zu erschöpfen . . . Man hat es dem Reichskanzler hier und dort verübelt, daß er nicht selbst in der Finanzkommission für die Regierungsvorlagen eintrat. Aber es stellte sich heraus, daß er weiser handelte, als seine Kritiker glauben. Mit seinem Erscheinen in der Finanzkommission war die Alternative gegeben: Annahme der Regierungsvorlage oder Ablehnung in schroffer Form, wodurch weitere Verhandlungen unmöglich wurden. Fürst Bülow hat sich diesen entscheidenden Augenblick für das Plenum vorbehalten und dort wird sich zeigen, ob er, dem das Vertrauen des Kaisers erneut wieder und sicher nicht ohne Absicht ausgesprochen wurde, die Kraft besitzt, durch Auflösung des Reichstags oder durch Hinweis auf einen gangbaren Weg die Möglichkeit zur Lösung der dringendsten Fragen seit Wiederaufrichtung des Reiches zu bieten."

Die Feigheit und die Charakterlosigkeit der liberalen Blockparteien wird hier noch zu einem Verdienst Bülows umgemünzt. Leute dieser Art werden auch eine den Junkern genehme Finanzreform machen helfen.

Bülow und die Finanzreform.

Eine Berliner Korrespondenz, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, den Fürsten Bülow unter allen Umständen zu verhimmeln, stellt — wahrscheinlich in Uebereinstimmung mit maßgebenden Personen aus der Wilhelmstraße — fest, daß der Reichskanzler keine Finanzreform akzeptieren werde, die den Besitz nicht mit 100 Millionen Mark belastet und die Erbanfallsteuer ausschließt. — Daß Fürst Bülow durch die Haltung der Konservativen in eine mißliche Lage gebracht sei, sei nicht wahr. Denn es sei nicht mißlich, wenn man sich nach langjähriger anstrengender Arbeit zur Ruhe setzen könne. Ob aber der Nachfolger des Fürsten Bülow der Landwirtschaft auch so sympathisch gegenüberstehe, das sei die Frage, die sich die Agrarier wohl vorlegen müssen. Würde der Kanzler gestürzt, so hätten die Konservativen bloß einen parteipolitischen Wunsch des Zentrums erfüllt.

Schließlich wird den Liberalen noch der Rat gegeben, in der Branntweinsteuerfrage mehr Entgegenkommen zu zeigen, dann dürfte eine Verständigung noch nicht als ausgeschlossen angesehen werden. Von dieser Verständigung wollen allerdings die Agrarier nichts wissen. Die „Deutsche Tageszeitung" erklärt, daß die Erbanfallsteuer zwar noch ein Buch mit sieben Siegeln sei, daß sie aber trotzdem grundsätzlich und unbedingt unannehmbar ist, sobald sie das Kindes- und Gattenerbe erfaßt.

Ein Schreckschuß?

Die „Neue Gesellschaftl. Korrespondenz" behauptet, daß der Reichskanzler beabsichtige, seine Demission zu geben, falls bis zum 15. d. M. nicht eine Klärung der finanzpolitischen Situation des Reiches in der Richtung der Grundlinien seiner Politik erfolgt sei. In dieser Form findet die Meldung an zuständiger Stelle keine Bestätigung. Bekannt sei nur, daß der Kanzler den Gedanken ernstlich in Erwägung ziehe, von seinem Amt zurückzutreten, falls das Zustandekommen der Finanzreform definitiv aussichtslos werden sollte. Daß er bereits jetzt einen äußersten Termin für diese Anschauung festgelegt habe, entspreche nicht den Tatsachen.

Ein nationalliberaler Abgeordneter als Gegner der Erbschaftssteuer.

Im Volkshaus zu Jena sprach am 2. Mai der Leiter der agrarischen „Deutschen Tageszeitung" vor Thüringer Bauern über die Finanzreform.

Daß Oertel alle Register gegen die Erbschaftssteuer aufzog, braucht kaum besonders betont zu werden. In der Diskussion nahm der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Lehmann das Wort und erklärte, daß er vollkommen den Standpunkt Dr. Oertels teile; er werde nie für eine Vermögensfeststellung nach dem Tode des Erblassers zu haben sein. Vor einigen Tagen erst behauptete der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann, seine Fraktion stehe jetzt geschlossen hinter der Forderung der Erbschaftssteuer.

Konservative über die Reichsfinanzreform.

Dafür, daß im konservativen Lager starker Widerspruch gegen die Bekämpfung der Nachlaß- oder Erbschaftssteuer besteht, liefert jeder Tag neue Beweise. So wird in der „Schlesischen Zeitung" von konservativer Seite geltend gemacht, daß die Konservativen, nachdem ihr Wertzuwachssteuerantrag abgelehnt worden ist, die Pflicht haben, zum Zustandekommen der Finanzreform auf die Erbanfallsteuer zurückzugreifen, und es wird in ruhiger Sprache dagegen protestiert, daß der von dem Ausschuß der konservativen Partei veröffentlichte Aufruf, der übrigens anonym erschienen sei, die Fraktion dauernd gegen die Erbanfallsteuer binden würde. Die Fraktion wird gewarnt, die Dinge auf die Spitze zu treiben und in unfruchtbaren Doktrinarismus zu verfallen, und es heißt zuletzt:

„Wir hoffen, daß trotz dieses Aufrufes die konservative Reichstagsfraktion auch diesmal, wie noch immer, das Richtige tun und alles aufbieten wird, um ein rasches Zustandekommen der Finanzreform zu ermöglichen. Damit würde nicht nur — was die Hauptsache sein muß — dem Vaterlande ein wichtiger Dienst erwiesen, sondern auch der konservativen Sache am besten gedient werden."

Im Anschluß hieran ist eine Meldung aus Dresden von Interesse: Nach einer Rede des Führers der sächsischen Konservativen, des Präsidenten der Zweiten Kammer, Geheimen Rats Mehnert, beschloß die stark besuchte Hauptversammlung des Dresdener Konservativen Vereins gestern einstimmig eine Resolution, die unter den obwaltenden Verhältnissen die Erbanfallsteuer mit Ausdehnung auf Kinder und Ehegatten als die beste Reichsbesitzsteuer bezeichnet. Mehnert führte aus, wahrscheinlich komme die Erbanfallsteuer mit der Wertzuwachssteuer. Sollte letztere wegfallen, so würden die Konservativen als Ersatz den Vorschlag des Dresdener Oberbürgermeisters Beutler auf Erhebung einer Reichsbesitzwechselabgabe und als Ergänzung dieser Steuer die Erhöhung der Belastung des Effektengeschäfts bringen. Eine Reichstagsauflösung wie ein Kanzlerwechsel seien in der gegenwärtigen Lage unzweckmäßig, da hierdurch die Finanzreform voraussichtlich nicht gelöst werde. Schließlich verbat sich die Versammlung nachdrücklichst die guten Lehren, welche die „Deutsche Tageszeitung" gönnerhaft den sächsischen Konservativen erteile.

Taktik der Sozialdemokratie.

Der „Vorwärts" schreibt über das Verhalten unserer Partei bei der Abstimmung über die Erbanfallsteuer:

„So sehr aber unsere Partei als Mittel zur Deckung des Reichsdefizits die Reichsvermögens-, Reichseinkommen- und Reichserbschaftssteuer empfiehlt, so wenig ist sie geneigt, der Regierung, lediglich um diese aus der Verlegenheit zu helfen, irgend eine verstümmerte, vielleicht nur 40 bis 50 Millionen Mark einbringende Erbanfallsteuer zu bewilligen und dadurch dazu beizutragen, daß die Regierung ein Steuerprogramm zu verwirklichen vermag, das den Unbemittelten zu imperialistischen Zwecken eine neue Steuerlast von 400 Millionen Mark auflädet, während die Besitzenden mit dem vierten oder fünften Teil dieser Summe wegkommen. Sollte die Regierung sich der Täuschung hingeben, für solche Versuche die Hilfe der Sozialdemokraten zu erlangen, so können wir ihr von vornherein sagen, daß sie falsch kalkuliert."

Die Breslauer „Volkswacht" spricht die Hoffnung aus, daß die Parole im Einverständnis mit Fraktion und Parteivorstand ausgegeben sei. Wir schließen uns dieser Hoffnung an. In der Sache selbst sind wir mit dem „Vorwärts" einverstanden, sind aber der Meinung, daß es sehr ungeschickt war, zu erzählen, was wir tun werden. Es ist durchaus nicht unsere Sache, es der Regierung zu sagen, wenn sie falsch kalkuliert. Wir haben vielmehr — und besonders jetzt bei der Reichsfinanzreform — ein Interesse daran, daß sie falsch kalkuliert. Ebenso war es durchaus notwendig, daß die bürgerlichen Parteien im Unklaren über unsere Absichten blieben. Man kann gar nicht wissen, ob nicht gerade diese Erklärung die bürgerlichen Parteien veranlaßt, ein Kompromiß zu schließen, das sonst nicht zustande gekommen wäre, und dadurch eine Reichstagsauflösung, die uns sehr erwünscht wäre, vermieden wird. Warum müssen wir denn unseren Kriegsplan den Gegnern immer auf die Nase binden.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Politische Organisationen der Unternehmer verlangt in stärkerem Maße in ihrer letzten Nummer die „Deutsche Arbeitgeberzeitung". Damit soll ein stärkerer Einfluß auf die Gestaltung der Sozialpolitik im Sinne der Unternehmerverbände ausgeübt werden.

Es heißt in dem genannten Artikel u. a.:

„Mehr denn je beschäftigt man sich zurzeit in den Kreisen des deutschen Unternehmertums mit dem Gedanken der politischen Emanzipation der Arbeitgeber im Sinne der Bildung einer besonderen parlamentarischen Gruppe, deren Aufgabe es sein würde, die Stellungnahme der Arbeitgeber zur Frage der sozialpolitischen Gesetzgebung wirkungsvoll zum Ausdruck zu bringen. . . . So muß denn die Entscheidung über die Frage, ob die politische Organisation des Unternehmertums eine Notwendigkeit darstellt oder nicht, unbedingt dahin lauten, daß diese Organisation unter allen Umständen und mit allen verfügbaren Mitteln schnellstens durchzuführen ist."

Eine Notwendigkeit für die Unternehmer scheint uns eine Arbeitgeberorganisation nicht zu sein, denn die Herren haben schon heute genügend Einfluß im Staat, um ihre Wünsche durchsetzen zu können. Wie es gemacht wird, hat man ja aus dem Protokoll über die Geheimkonferenz der Berggewaltigen erfahren. Uns aber kann es nur recht sein, wenn die Unternehmer möglichst offen und rücksichtslos im politischen Kampf ihre Interessen vertreten. Denn je mehr die Herren dies tun, um so leichter werden wir dem Proletarier klar machen können, daß er ihrem Beispiel folgen muß.

Borussische Kosakenstreiche. Vor einigen Tagen ereignete sich auf dem Bahnhof Dahlenburg der Linie Berlin-Buchholz ein Vorfall, der ein treffendes Schlaglicht auf preußische Zustände wirft. Ein Gutsbesitzer drang in Begleitung zweier Gendarmen in einen Wagen vierter Klasse ein, in dem sich eine Anzahl polnischer Landarbeiter- und -Arbeiterinnen befanden. Mit dem Rufe „Raus, raus mit euch!" stürzten sich die Gendarmen auf die vom Gutsbesitzer bezeichneten Landarbeiter und zerrten sie mit Gewalt auf den Bahnsteig. Der Vorarbeiter, den der Gutsbesitzer aus leicht begreiflichen Gründen nicht mit zurückgeführt haben wollte, stellte den Gendarmen vor, daß nicht die Arbeiter kontraktbrüchig geworden seien, wie der Gutsherr behaupte, sondern, daß sie den Dienst verlassen hätten, weil der Gutsherr seine kontraktlichen Pflichten nicht einhielt. Der Gutsbesitzer verhinderte den Vorarbeiter am Weitersprechen, indem er ihn mit dem Revolver bedrohte. Die Gendarmen befolgten auch die Weisungen des Gutsherrn und merkwürdigerweise hatte auch der Bahnhofsvorsteher gegen die Urheber dieser turbulenten Szene nichts einzuwenden, sondern unterstützte ebenfalls den Rücktransport der vor Aufregung laut schreienden polnischen Arbeiter, die vergebens protestierten.

Widerspenstige Konservative. In konservativen Kreisen gibt man die Hoffnung noch nicht auf, die sächsischen Konservativen, die sich für die Erbschaftssteuer erklärt haben, noch umzustimmen. Man hat sich hierzu der Vermittlung des sächsischen Vertreters beim Bundesrat, Geheimrat Dr. Fischer, bedient, der seinen Landsleuten eine Einladung zu neuerlichen Verhandlungen überbrachte. Diese haben die Einladung abgelehnt, denn im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen erscheint ihnen größte Vorsicht geboten. Daß die sächsischen Konservativen das bestreiten, ist nicht weiter verwunderlich. Die „parteioffiziösen" sächsischen „Politischen Nachrichten" z. B. stellen auf Grund „zuverlässiger Informationen" fest, daß eine derartige Auffassung dem Beschlusse des Zwölferausschusses vollständig ferngelegen hat.

Schließlich kann man von den sächsischen Konservativen doch nicht verlangen, daß sie selbst zugestehen, daß ihr Beschluß lediglich ein taktisches Wahlmanöver ist.

Oeffentliche Aufzüge sind in Preußen steuerfrei. Aus Anlaß eines besonderen Falles haben der Finanzminister und der Minister des Innern darauf aufmerksam gemacht, daß die gemäß § 7 Absatz 1 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 erteilten polizeilichen Genehmigungen öffentlicher Aufzüge, mit Rücksicht darauf, daß ihre Erteilung ausschließlich im öffentlichen Interesse erfolgt, in stempelsteuerlicher Hinsicht ebenso zu behandeln sind, wie die nach derselben Bestimmung ausgestellten Genehmigungen von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, deren Steuerfreiheit bereits anerkannt ist.

Die Angst vor einer freien Erziehung der Jugend ist es, die der „Post" zu lebhaften Klagen Veranlassung gibt. In ihrer Nummer vom 4. Mai bespricht sie die Tätigkeit des Berliner Jugendausschusses, indem sie darauf hinweist, mit welcher Rührigkeit die Arbeiterschaft daran geht, „schon den jungen Nachwuchs zu organisieren und ihren Reihen einzuverleiben". Sie schreibt dann weiter:

„Dieser Eifer sollte die Regierung, die bürgerlichen Parteien, vor allem die großen und kleinen Arbeitgeber den Ernst der Sachlage erkennen lassen. . . . . Gerade in den Kreisen, aus welchen der Nachwuchs der industriellen und gewerblichen Arbeiter kommt, versagt oft die Erziehung durch das Haus und die Familie fast ganz, von einer nationalen und staatsbürgerlichen ist fast gar keine Rede. Hier einzugreifen und die deutsche Arbeiterjugend zu gewinnen, wäre verdienstvoll."

Bei der Gelegenheit muß das Blatt auch eingestehen, daß es vollständig zwecklos ist, zu hoffen, die zur Sozialdemokratie übergetretenen Arbeiter jemals wieder zurückgewinnen zu können, abgesehen von einigen Personen, die wegen „schmählichster persönlicher" Behandlung der Partei den Rücken kehren.

Aus dem Reichstag.

Budgetkommission und Beamtenbesoldung. Auf Grund einer Vereinbarung der Parteien sind eine Anzahl Abänderungsvorschläge eingereicht worden, die eine Erhöhung der Gehälter der verschiedenen Beamtenkategorien vorsehen. Staatssekretär Sydow erklärt, daß diese Anträge in ihren Wirkungen eine Mehrbelastung von 26 Millionen bedeuten würden und zwar 16 Millionen auf die Gehälter der Unterbeamten und 10 Millionen auf die der mittleren Beamten. Die Regierung könne sich darauf nicht einlassen; denn sie müsse Rücksicht nehmen auf die im preußischen Abgeordnetenhause beschlossene Erhöhung der Beamtengehälter. Es sei nicht angängig, daß man den Beamten im Reiche höhere Gehälter zahle, als im größten Bundesstaat Preußen.

Gegen diese Darlegungen wenden sich die Abgg. Singer und Erzberger. Der vom Staatssekretär vertretene Standpunkt, daß das Reich sich in bezug auf die Beamtenbesoldung nach Preußen richten solle, sei ein ganz unhaltbarer. Das Reich sei doch keine Filiale Preußens. Das Gegenteil könne man weit eher verlangen. Wenn aber das Besoldungsgesetz an dem Widerstande des Bundesrates scheitern sollte, so trüge auch dieser dafür die Verantwortung.

* * *

Der Kampf um die Beute. Mit diesen Worten bezeichnete in der Steuerkommission, wenn auch ungewollt, so doch recht treffend, der konservative Abgeordnete Dietrich die Debatte über die Festsetzung des Durchschnittsbrandes für die Branntweinbrennereien. Nach dem neuen Branntweinsteuergesetz gibt es zunächst ein Kontingent, das auf die einzelnen landwirtschaftlichen Brennereien verteilt wird. Für den innerhalb dieses Kontingents hergestellten Spiritus ist eine Verbrauchsabgabe von 115 Mk. pro Hektoliter zu zahlen. Zu diesem Kontingent kommt dann noch der Durchschnittsbrand. Es wird hier die Menge des in den Jahren 1898 bis 1907 erzeugten Alkohols berechnet und die dadurch gewonnene Summe wiederum auf die einzelnen Brennereien verteilt. Der Spiritus, der über das Kontingent hinaus, aber noch innerhalb des Durchschnittsbrandes erzeugt wird, zahlt eine Verbrauchsabgabe von 135 Mk. pro Hektoliter. Was über diesen Durchschnittsbrand hinaus gebrannt wird, hat gewissermaßen zur Strafe noch eine besondere gestaffelte Betriebsauflage zu zahlen.

Man will auf diese Weise verhüten, daß durch eine große Alkoholproduktion die Preise gedrückt werden.

Bei der Verteilung des Durchschnittsbrandes versuchten nun die Sachwalter der Spirituszentrale eine Strafe für diejenigen Brennereien herbeizuführen, die sich der Zentrale nicht gefügt haben, als von dieser Vereinigung eine Produktionseinschränkung angeordnet wurde. Es wurde nämlich in § 60 verlangt, daß bei der Verteilung des Durchschnittsbrandes Brennereien, die sich der Zentrale nicht gefügt hatten, mit ihrer Produktion genau so angesetzt werden sollen, als wenn sie ihren Betrieb einge-

schränkt hätten. Damit wären diese Brenner durch ein Reichsgesetz dafür bestraft worden, daß sie der preistreibenden, agrarischen Spirituszentrale sich nicht gefügt hatten.

Die Konservativen machten verzweifelte Anstrengungen, den Paragraphen in dieser Form durchzubringen. Die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen wandten sich geschlossen gegen diese Art der Gesetzgebung; im Zentrum waren die Meinungen geteilt. Bei der Abstimmung wurde der Paragraph ganz abgelehnt, ebenso der mit ihm in Verbindung stehende § 61. — Die Spirituszentrale wird nunmehr die nötigen Unterlagen liefern, von denen sie glaubt, daß sie genügend sind, in der zweiten Lesung einen anderen Beschluß herbeizuführen. Eine Hoffnung, die kaum in Erfüllung gehen wird.

* * *

In der Subkommission des Reichstags für Tabakbesteuerung beschloß eine aus Konservativen, der Reichspartei und dem Zentrum bestehende Mehrheit folgendes: Zu den bisherigen Zollsätzen auf ausländischen Tabak wird ein Wertzuschlag von 30 Prozent hinzugefügt. Die Steuer auf inländischen Tabak wird auf 50 Mk pro Doppelzentner erhöht. Grumpen werden mit 45 Mk. pro Doppelzentner besteuert. Der seit dem 1. März eingeführte Rohtabak unterliegt der Nachversteuerung.

Die Regierung berechnete den Mehrertrag für die Reichskasse nach diesen Steuersätzen auf 30 Millionen Mark jährlich. Der Abg. Müller-Fulda (Ztr.) hat dagegen den Mehrertrag auf 38 Millionen Mark berechnet.

* * *

Der Reichstag bei den Luftschiffern. Die Mitglieder des Reichstags waren für Mittwoch vormittag zu einem Besuch der Luftschiffereinrichtungen in Tegel eingeladen. Mehr als 200 Abgeordnete aller Parteien hatten der Einladung Folge geleistet. Zunächst wurde eine Funkenstation mit drahtloser Telegraphie besichtigt. Dann wurde den Abgeordneten die Errichtung des Feldtelephons vorgeführt. Schließlich rückte eine Luftschifferabteilung an, die im Zeitraum von 15 Minuten einen Ballon zum Aufstieg vollkommen fertig machte. Das größte Interesse rief die Besichtigung des Ballons „Groß 2" hervor. Das Ungetüm stand in der Halle zum Aufstieg fertig bereit. Major Groß meinte, daß wegen des starken Windes ein Aufstieg nicht angebracht sei; der Kriegsminister jedoch befahl den Aufstieg mit dem Resultat, daß der Ballon nach wenigen Minuten wieder heruntergeholt werden mußte, weil es ihm, wie Major Groß vorausgesagt hatte, nicht möglich war, gegen den außerordentlich starken Wind aufkommen zu können. Zum Schluß wurde noch eine fahrbare Feldküche vorgeführt, aus der den Abgeordneten Erbsensuppe und Kaffee gespendet wurde. Die Suppe wurde allgemein gelobt, weil ja die Herren Abgeordneten eine solche Kost nur einmal ganz ausnahmsweise vorgesetzt bekommen.

Major Groß benutzte die Gelegenheit, um das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden: In einer außerordentlich geschickten Rede erläuterte er den Abgeordneten die Unzulänglichkeit der Ballonhallen, und die Scherlpresse weiß bereits zu melden, daß dem Reichstag demnächst ein Nachtragsetat zugehen werde, in dem die Errichtung einer neuen Luftschiffhalle gefordert wird.

* * *

Die Weinsteuer. Nach Erledigung der ersten Lesung der Branntweinsteuer wird sich die Finanzkommission des Reichstags zunächst mit der Weinsteuer und zwar mit dem Bericht der Subkommission beschäftigen. Die Vorschläge der Subkommission gehen dahin, von der Einführung einer Weinsteuer überhaupt abzusehen, insbesondere einer allgemeinen Faßweinsteuer nicht zuzustimmen. Für den Fall aber, daß die Hauptkommission sich doch für eine Flaschenweinsteuer entscheidet, soll die Steuer festgesetzt werden für die halbe Flasche auf 3, für die ganze Flasche auf 5 Pfg. Der Entwurf des Weinsteuergesetzes sieht neben dieser Flaschensteuer auch eine Wertsteuer vor, die bei Flaschenweinen im Werte von 20 Mk. ihren Höhepunkt erreicht. Der Kommission wird nun empfohlen, die Staffelung dieser Wertsteuer zu erweitern und zwar so, daß Weine im Werte von 20 bis 35 Mk pro Flasche 3 Mk., Weine bis 50 Mk. 5 Mk. und Weine zu einem Preise von mehr als 50 Mk. pro Flasche 8 Mk. Zuschlag zahlen sollen. — Auf alle Fälle wird eine Erhöhung der Schaumweinsteuer vorgeschlagen.

Die Kommission hatte sich auch mit der Frage befaßt, ob es angängig sei, eine Steuer auf alkoholfreie Getränke zu legen. Nach einer oberflächlichen Berechnung hätte diese Steuer 8 bis 9 Millionen Mark einbringen sollen. Die Subkommission entschied sich dahin, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen, daß eine Steuer auf alkoholfreie Getränke vorgeschlagen werden soll, wenn die Weinsteuer angenommen wird. Sollte dagegen die Weinsteuer abgelehnt werden, dann solle auch die Besteuerung der alkoholfreien Getränke unterbleiben.

Der Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich.

Berlin, 3. Mai. Das deutsch-französische Wirtschaftskomitee hatte zu heute zu einer Sitzung eingeladen, deren Tagesordnung im wesentlichen dahin abzielte, zwischen den beiden großen Nachbarnationen bessere Verkehrsverhältnisse zu schaffen. Da unsere Reichslande an einer solchen Verbesserung als Durchgangsland naturgemäß stark interessiert sind, so war das elsaß-lothringische Element besonders stark vertreten. Die Regierung hatte den Geh. Oberregierungsrat und Bundesratsbevollmächtigten Dr. Sieveking und den Präsidenten der elsässisch-lothringischen Zollverwaltung, sowie einen höheren Beamten der Wasserstraßenverwaltung entsandt. Auch der Reichs- und Landtag waren vertreten; ersterer durch die Abgg. Dr. Rießlin-Dammerkirch, Wetterlé-Colmar und Birkemayer-Waldshut; letzterer durch den Abg. Blumenthal. — Nach einer kurzen Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden und Direktor der Speditions- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft in Köln, Artur Brancken, erstattete dieser sein Referat über „Beschleunigung des Postpaketverkehrs von Frankreich nach Deutschland". Er bezweifelte angesichts der starken Zunahme des Paketverkehrs in den letzten Jahren, ob Deutschland auf die Dauer sein der Uebung des Auslandes ohnehin widersprechendes Prinzip, den Paketverkehr durch die Post ausführen zu lassen, beibehalten könne. Während die früher beklagten Verzögerungen von Köln aus jetzt im allgemeinen beseitigt seien, seien im belgischen und französischen Bahnbetrieb solche noch im starken Maße vorhanden. Zu ihrer Beseitigung empfiehlt der Referent, daß Paris die für Berlin und darüber hinaus, sowie die für Leipzig und ganz Sachsen bestimmten Pakete mit direkten Frachtkarten in besonderen Waggons zum Versand bringt, was eine Verkürzung der Beförderung um volle 24 Stunden bedeuten würde. — Das zweite Referat hatte Generalsekretär Dr. Borgius-Berlin über „Abschluß einer deutsch-französischen Postkonvention" übernommen. Redner betonte namentlich die Notwendigkeit einer Portoermäßigung und zwar nicht nur auf Briefe, sondern auch auf Postkarten, Drucksachen und Warenproben. Im Anschluß an diesen Vortrag wurde eine Resolution angenommen, die eine entsprechende Postkonvention zwischen beiden Ländern fordert. In Verbindung mit dem Komité commercial franco-allemand sollen zweckmäßige Schritte unternommen werden, um gleichzeitig in beiden Staaten die Stellung eines dementsprechenden Initiativantrages zu erwirken. — Als dritter Punkt der Tagesordnung figurierte ein Vortrag des Bürgermeisters Götel-Markirch und Justizrat Blumenthal-Colmar über Herstellung einer dritten Eisenbahnverbindung durch die Vogesen. Auf Vorschlag Blumenthals wurde von der Befürwortung einer speziellen Tracée abgesehen und nach dem Vortrage, in dem eine Uebersicht über die vier vorhandenen Projekte gegeben wird, eine Resolution angenommen, wonach der Deutsch-Französische Wirtschaftsverein die Herstellung neuer Eisenbahnverbindungen durch die Vogesen mit allen Mitteln zu fördern verspricht und um Unterbreitung alles diesbezüglichen Materials bittet. Besonders bemerkenswert ist es, daß der französische Ministerpräsident angesichts der Einwände, die von französischer militärischer Seite gegen alle Projekte erhoben werden, in einem offiziellen Schreiben erklärt, daß gegen die Tracé Markirch—St. Dié solche Bedenken nicht beständen. Dieses Schreiben befindet sich bei den Akten der Petitionskommission des Reichstages. — Den Schluß der Versammlung bildete ein Referat über den deutsch-französischen Wasserstraßenverkehr, Dr. Ad. Schleiffer-Straßburg i. E. Redner schilderte die Mängel auf den drei Hauptrouten und forderte u. a. Vergrößerung der Schleusen zwischen Mülhausen und Montbeliard, beschleunigten Schiffsdienst durch Kanalraddampfer, beschleunigte Rheinregulierung zwischen Sondernheim und Straßburg, Ermöglichung des Fahrens unter Zollverschluß beim Verkehr nach Frankreich, Umgestaltung der Anschlußfrachten über Straßburg, ferner sofortige Räumung des Flußbettes der Mosel und gründliche Ausbaggerung der Fahrrinne, damit die Kanalschiffe bis Diedenhofen kommen können, wo allein ein vorteilhafter Versandumschlag erfolgen könne. Die Versammlung faßte auch diese und andere Wünsche in einer Resolution zusammen.

Ein oberschlesisches Polizeistückchen.

Der Amtsvorsteher von Neudorf, Kreis Kattowitz, hat eine zu Sonntag, 2. Mai, einberufene politische Versammlung mit folgender genialen Begründung verboten:

„Nach § 7 Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 19. April 1908 darf die Genehmigung nur dann versagt werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. In vorliegendem Falle ist diese Annahme begründet.

Die Versammlung soll am 2. Mai 1909, also an einem Tage kurz nach dem sogenannten Vorschußtage, stattfinden. An letzterem Tage wird auf den Gruben und Hütten gelohnt. Es ist nun hinlänglich eine erwiesene Tatsache, daß sich die oberschlesische Arbeiterbevölkerung am Lohnungs- und Vorschußtage und den 3 bis 4 darauffolgenden Tagen in hohem Prozentsatze dem übermäßigen Alkoholgenuß hingibt. Die Folge dieses Treibens sind dann Schlägereien und überhaupt Belästigungen der Passanten mannigfaltigster Art. Weiterhin ist es eine oft gemachte Beobachtung, daß sich der oberschlesische Arbeiter, wenn er bei einer Behörde etwas auszurichten hat, mit Vorliebe „Mut antrinkt". Dies tut er auch, wenn er zur Versammlung gehen will. Nun kann man bei schönem Wetter mit einer Zahl von 700 bis 800 Teilnehmern bestimmt rechnen. Sollten nun auch nur 5 Prozent dieser Teilnehmer als Leute der bezeichneten Art anzusprechen sein, so genügt dies, um eine ernstliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten. Schon allein ein einziger Fall, welcher ein polizeiliches Einschreiten erforderlich machen würde, kann der Anlaß zu einer größeren Ruhestörung sein. Es ist bekannt, daß Leute, welche Versammlungen wie die geplante besuchen, stets Partei gegen die Polizei nehmen. Nach dem Vorschußtage erscheint es aber zweifellos, daß die Polizei gegen irgend einen schließlich doch zum Einschreiten kommen muß. Nun finden sich schnell Leute, welche die Partei des Gemaßregelten ergreifen, und bei einer Menschenansammlung wie die zu erwartende ist der Ausgang des Konfliktes nicht abzusehen.

Aus vorgenannten Gründen erscheint die Verweigerung der Genehmigung gerechtfertigt."

Rußland.

R. B. **Aus dem Reiche des Galgens.** Die sozialdemokratische Dumafraktion hat aus Anlaß eines Briefes des ehemaligen Dumaabgeordneten, Genossen Lomtatidse, der im Hochverratsprozeß gegen die Dumafraktion zur Zwangsarbeit verurteilt wurde und sich gegenwärtig im Sebastopoler Gouvernementsgefängnis befindet, folgende Interpellation in der Duma eingebracht:

„Ist dem Vorsitzenden des Ministerrates bekannt, 1. daß im Sebastopoler Gefängnis die zum Tode Verurteilten vor der Vollstreckung des Todesurteils systematisch Schlägen und Martern ausgesetzt werden; 2. daß die Todesstrafe selbst an Leuten vollstreckt wird, die sich infolge schwerer Erkrankung in bewußtlosem Zustande befinden, wie das der Fall gewesen ist bei dem Gefangenen Vogt, der an Typhus daniederlag und eine Temperatur von 40 Grad hatte; 3. daß diese Scheußlichkeiten sich vor den Fenstern des Gefängnisspitals abspielen, wodurch die ohnehin schwere Lage der kranken Gefangenen noch erschwert wird.

Was gedenkt der Vorsitzende des Ministerrates, wenn ihm das alles bekannt ist, zu tun, damit sich ähnliche Fälle nicht mehr ereignen und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden."

In der Duma wurde der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag mit 176 gegen 118 Stimmen verworfen und die Interpellation einer Kommission überwiesen, wo sie voraussichtlich monatelang liegen wird. Inzwischen wird die Regierung Stolypin mit Genehmigung der schwarzen Duma ihre Henkertätigkeit nach dem Muster der Sebastopoler Henker fortsetzen können.

Ein Seitenstück zu dem Briefe Lomtatidses bildet folgender Brief eines Arbeiters aus einem Moskauer Polizeigefängnis:

Im Chamownitschewski-Polizeigefängnis — schreibt er — finden die Hinrichtungen fast täglich statt. Sie werden ausgeführt vom Henker Schabin, der zugleich Feldscher am Polizeispital ist. Er behandelt die Kranken im Spital auf das grausamste und bekommt bei den Hinrichtungen 25 Rubel pro Kopf gezahlt. Für eine Hinrichtung in der Provinz erhält er 100 Rubel, außer den Reisekosten ... Eine Frau, die einer Hinrichtung beiwohnte, wurde wahnsinnig. — Wessen Herz würde auch nicht erbeben angesichts der Hinrichtungen in unserem Gefängnis? Unter den zum Tode Verurteilten sind manche, die kaum den Knabenschuhen entwachsen sind. Diese nimmt der Henker unter seinen Arm und legt ihnen die Schlinge um den Hals. Andere besteigen selbst das Schafott und legen sich die Schlinge um den Hals. Ein jüdisches Mädchen, das nicht gutwillig das Schafott besteigen wollte, wurde an Ort und Stelle mit den Händen erwürgt ...

Bielefelder Stadttheater.

Mittwoch, 5. Mai: Der Waffenschmied, Komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing. Es ist wohl die schwächste der gangbaren Opern Lortzings, in bezug sowohl auf den Text als auch auf die Musik. Der Text behandelt nur die von vornherein feststehende Tatsache, daß der Graf von Liebenau des Waffenschmieds Tochter Marie heiraten wird. Das ist so selbstverständlich, daß gar keine Aufregung deswegen stattfindet. Man fühlt, daß all der dabei gemachte Firlefanz nur des lieben Publikums wegen da ist und eigentlich gar nicht nötig wäre, so namentlich die beiden komischen Personen des Stücks, der Knappe Georg und der Ritter Adelhof. Die ganze Verkleidung des Ritters Liebenau als Geselle ist auch unnötig und nur zum Vergnügen des Publikums erfolgt. Daß dieses harmlose Opus die Reihe der Novitäten beschließt, will uns nicht richtig vorkommen.

Die Aufführung war recht hübsch. Carl Kruthoffer als Ritter Adelhof und Carl Baumann als Knappe Georg sorgten hinlänglich für den komischen Teil, Benno Dlabal als Waffenschmied sang das Lied vom Knaben im lockigen Haar sehr nett und auch Elisabeth Léclair als Marie, Josef Schutzner als Graf Liebenau und Elly Freyler als Irmentraut waren an ihrem Platze.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 6. Mai.

— **Die Arbeiter-Jugend** findet sich am Sonntag, 9. Mai, nachmittags 2½ Uhr, bei gutem Wetter auf dem Ochsenberge ein.

d. **Gewerbegericht (Land).** Vergleichsverhandlung vom 4. Mai. Der Tischler B. klagt gegen den Vorstand der Anstalt Bethel auf Zahlung des rückständigen Lohnes in Höhe von 28,70 Mk. Der Kläger war in der Tischlerei der Anstalt beschäftigt und hat für eine Holzlieferung für einen seiner Bekannten gewissermaßen Bürgschaft übernommen. Da dieser jetzt nicht zahlt, will sich die Beklagte an dem Lohn des Klägers schadlos halten. Das ist nach den gesetzlichen Bestimmungen natürlich ausgeschlossen, dennoch schließen die Parteien einen Vergleich, nach welchem der Kläger 20 Mk. erhält. Dieser Vergleich kann von beiden Seiten innerhalb 8 Tagen widerrufen werden.

d. — **Kaufmannsgericht.** Spruchsitzung vom 4. Mai. Der Buchhalter B. klagt gegen den Schokoladenfabrikanten Wernscheid auf Zahlung des Restgehalts in Höhe von 160 Mark. Der Kläger erkrankte am 11. Februar und war bis in den Monat April hinein erwerbsunfähig. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß dem Handlungsgehilfen im Erkrankungsfalle das Gehalt für 6 Wochen weiter gezahlt werden. Der Beklagte zahlte auch für Februar, weigerte sich aber, den Rest für März zu zahlen. Für diese Weigerung gibt er folgende Gründe an: Erstens sei Kläger bei Antritt seiner Stellung schon krank gewesen und hätte diese deshalb gar nicht antreten dürfen und zweitens habe sich Kläger geweigert, ein Attest des Kreisarztes über seine Krankheit beizubringen. Der Kläger bestreitet, daß er beim Antritt der Stellung schon krank war, ein Attest des Kreisarztes vorzulegen, dazu sei er nicht verpflichtet, ein solches des behandelnden Arztes habe dem Beklagten zur Verfügung gestanden. Aus der ganzen Verhandlung ergibt sich, daß der Vertreter des Beklagten selbst nicht an die von ihm vorgebrachten Gründe glaubt. Das Urteil lautet: Der Beklagte wird verurteilt, dem Kläger 160 Mk. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. — Die Filialleiterin G. klagt gegen die Firma Deneke u. Co. in Bremerhaven, Filiale Bielefeld, auf Zahlung des rückständigen Gehalts in Höhe von 35 Mk., Herausgabe der 90 Mk. betragenden Kaution und Zahlung einer Entschädigung im Betrage von 105 Mk. Die Klägerin ist ohne Kündigung entlassen worden, weil bei einer Inventuraufnahme am 14. April angeblich ein Manko von 198,62 Mk. vorhanden gewesen sein soll. Die Klägerin bestreitet das; einmal sei sie bei der Aufnahme nicht zugegen gewesen und zum andern habe sie bei Errichtung der Filiale im Januar dieses Jahres keine Dezimalwage gehabt, um die ankommenden Sachen nachzuwiegen. In der Sache soll Beweis erhoben werden. — Die Filialleiterin B. klagt gegen die Firma Heinr. Hill in Hattingen, Filiale Bielefeld, wegen fündigungsloser Entlassung auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 263 Mk. Die Beklagte behauptet, für die Entlassung der Klägerin habe ein wichtiger Grund vorgelegen, indem ihr sittliches Verhalten nicht einwandfrei gewesen sei. Als Filialleiterin habe sie dem ihr unterstellten Personal ein schlechtes Beispiel gegeben. Das Gericht hält diese Behauptungen durch die Zeugenaussagen für genügend bewiesen und kommt in seinem Urteil zur Abweisung der Klage.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute abend findet eine einmalige Aufführung von Mozarts Meisteroper „Die Zauberflöte" statt. Fast das gesamte Solopersonal ist in ersten Partien beschäftigt. Freitag geht Richard Wagners „Walküre" mit neuen Dekorationen und Beleuchtungseffekten zum letzten Male in Szene. Die Erst-Aufführung am letzten Sonntag bedeutete den Höhepunkt der künstlerischen Leistungen dieser Opern-Spielzeit; deshalb sollte kein Musikfreund den Besuch dieser Wiederholung versäumen. Sonnabend geht Offenbachs Oper „Hoffmanns Erzählungen" zu kleinen Preisen in Szene.

Wochen-Spielplan.

Sonntag, 9. Mai, Anfang 7 Uhr: Zum letzten Male „Tannhäuser und Der Sängerkrieg auf Wartburg". Große Oper in 3 Aufzügen von Richard Wagner.

Montag, 10. Mai, Anfang 7½ Uhr: Letzte Vorstellung der Saison. Zum 5. und letzten Male: „Tiefland". Musikdrama in einem Vorspiel und zwei Aufzügen nach A. Guimero von Rudolf Lothar. — Musik von Eugen d'Albert.

Schluß der Opernspielzeit.

An den drei letzten Spieltagen Sonnabend, Sonntag und Montag wird an der Theaterkasse ein Rückblick auf die Spielzeit 1908/09 kostenlos an Interessenten abgegeben.

— **Wirtshausabfälle als Hundefutter.** Es sei davor gewarnt. Nicht selten kommt es vor, daß Hunde durch den fortwährenden Genuß von Wirtshausabfällen schwer und lebensgefährlich erkranken. Die gewürzte, oft mit Zigarrenasche, Zigarrenstummeln und dergleichen vermischte Kost ist viel zu scharf, wird leicht sauer und greift die Verdauungsorgane, besonders den Magen der Tiere, an. Sie wird auch Ursache zu anderen Leiden wie Triefaugen, Ohrwurm, Fetträude, rote Flechte usw. Muß die Wirtshauskost zeitweise als Nahrung genommen werden, so sehe man jedenfalls darauf, daß Zündhölzer, Staniol, Korke, Stummel und Asche von Zigarren nicht darin sind. Für gewöhnlich aber reiche man dem Hund die ihm als Haustier bekömmlichere gemischte Kost aus Hülsenfrüchten, Reis, Grütze, aufgeweichtem Hundekuchen mit Knochen- und Fleischzusatz.

— **Polizeibericht.** Die Schweineseuche unter dem Schweinebestande des Arbeiters Heinrich Heidemann, Engerschestraße 8, ist erloschen. Die über das Gehöft verhängte Sperre ist aufgehoben.

Gefunden wurde in der Nähe des Ostbahnhofs vor einigen Tagen ein Pappkarton, in welchem außer mehreren Bekleidungsstücken sich noch nachfolgende Gegenstände befanden: 1 Gesangbuch, 1 Neues Testament, 1 Schriftchen betr. Alkohol und seine Gefahren, 1 Schneiderbandmaß und 1 Schneiderschere, 1 Stück Schneiderkreide, 1 Nähring, 1 Futteral mit Nähnadeln, 1 Radiergummi mit eingeschnittenen Buchstaben A. F.

Entlaufen: 1 deutscher Schäferhund.

Fahrraddiebstahl. Dem Wirt Karl M. hier wurde vorgestern ein Fahrrad, Marke „Hünenrad", gestohlen. Der Dieb hatte ein altes Rad zurückgelassen. In Oelde wurde der Dieb in der Person des Arbeitslosen Heinrich M. gestern ermittelt, festgenommen und das Rad beschlagnahmt. — Dem Lehrer B. wurde gestern ein Fahrrad, Marke „Automobil", aus dem Rathausflur entwendet.

Gefunden: 1 weißer Damenstrohhut, 1 schwarzer Spitzenschal, 1 Handelsgesetzbuch, 1 größeres Geldstück, 1 hellgrauer Kindersportwagen, 1 schwarzer Sammetgürtel, 1 rote Schreibtasche mit geringem Geldbetrag.

Versammlungen.

Babenhausen. Sonntag, 9. Mai, vorm. 10 Uhr: Besprechung und Bücherwechsel.

Heepen. Soz. Verein. Die Versammlung am 9. Mai fällt aus.

Herford. Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter. Sonntag, 9. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Hillert: Versammlung.

Bünde. Holzarbeiterverband. Freitag, 7. Mai, bei Nübel: Versammlung.

Salzuflen. Soz. Verein. Sonnabend, 8 Mai: Versammlung. Vortrag des Genossen Eggen-Detmold.

Lemgo. Gew.-Kartell. Sonntag, 9. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Lüpke: Sitzung.

Gütersloh. Sonnabend, 8. Mai, abends 9 Uhr: Besprechung der Parteigenossen.

d. **Gellershagen**, 5. Mai. Wie gelogen wird! In der „Westfälischen Zeitung" vom Montag, den 3. Mai, lesen wir folgende Notiz:

Gellershagen, 2. Mai. Bubenhände zertrümmerten in der vergangenen Nacht fast die sämtlichen Fenster in dem Pastorenhause, dessen Erdgeschoß von Herrn Lehrer Tönsing bewohnt wird. Offenbar liegt hier ein Racheakt vor.

In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Das fragliche Haus besitzt etwa 22 Fenster und mehrere Türen mit Scheiben, außerdem eine Glasveranda. Zertrümmert ist „ein" Fenster und der ganze Schaden beläuft sich auf höchstens 3 Mark. Mit dieser Tatsache vergleiche man die obige Notiz, nach der „fast sämtliche" Fenster eingeworfen sind. Nichts könnte natürlich der organisierten Arbeiterschaft erwünschter sein, als daß der Täter ausfindig gemacht würde, aber daran hat man auf der anderen Seite offenbar gar kein Interesse. Wir sind fest überzeugt, daß die Sache bisher nicht einmal zur Anzeige gebracht worden ist, denn es kommt jenen Leuten auf etwas ganz anderes an, als den Täter festzustellen.

Wer ist aber der „Bube", der ein Interesse daran hat, die Oeffentlichkeit so prompt und in so schamloser Weise anzulügen. „Offenbar liegt hier ein Racheakt vor", läßt er sich vernehmen. Das mag schon stimmen, denn sonst würde der Verfasser obiger Notiz die Tatsachen nicht gar so stark entstellt haben. Auch in gut bürgerlichen Kreisen wurde uns versichert, daß niemand daran denkt, die organisierte Arbeiterschaft für dieses Vorkommnis verantwortlich zu machen. Wohl aber wurde die Vermutung ausgesprochen, daß der Veranlasser oder Schreiber jener Notiz mit dem Steinewerfer gut bekannt, wenn nicht gar identisch ist.

Wir können es ja verstehen, wenn gewisse Kreise das Bedürfnis fühlen, bei den augenblicklich im Werden begriffenen Dingen sich als verfolgte Opfer hinzustellen.

Aber das wird ihnen nichts helfen, wir sind auf dem Posten, sind unterrichtet und werden im uns geeignet erscheinenden Moment auch losschlagen. Das mögen jene Leute, die sich nicht so genau an die Wahrheit halten, wenn es „Rache" zu üben gilt, zur Kenntnis nehmen, sich aber auch zur Warnung dienen lassen.

s. **Herford**, 5. Mai. Promenadenkonzert auf dem Neuen Markte. In Herford ist kein Ding unmöglich. Unsere Leser brauchen sich gar nicht zu wundern, wenn wir in der nächsten Zeit über weitere Ueberraschungen berichten. Vielleicht, daß einige Missionsstunden zur Belehrung armer Heidenmädchen bei Fritz Collbrun am Renntor abgehalten werden, oder daß aus den Reihen der Bürger der „lebhafte Wunsch" ausgesprochen wird, an den Ufern des Stadtgrabens für die Sommermonate eine Anzahl Strandkörbe aufzustellen, damit es den Männlein und Weiblein, so der Herforder Gesellschaftscreme angehören, ermöglicht wird, die Bürgernasen an den Düften zu ergötzen. —

So hat denn nun wirklich auf dem Neuen Markt ein Promenadenkonzert stattgefunden. Bisher war es üblich, diese auf dem Wilhelmsplatz abzuhalten. Es war ein wahrer Genuß, den Klängen des städtischen Orchesters lauschend, unter den herrlichen Ulm-Alleen auf und ab zu wandeln. Der behäbige Bürgersmann besprach dabei mit Gleichgesinnten die hohe Politik, während die Jugend und ganz besonders die Backfische unter Geplauder und dem unvermeidlichen Kichern fröhlich auf und ab wogte. Zwischendurch schlängelten sich auch ein paar musikliebende Proletarier. Daß die letztere Kategorie der Einwohnerschaft nicht zu zahlreich erschien, dem war dadurch vorgebeugt, daß der fürsorgliche Magistrat wohlweislich die Stunde des Promenadenkonzerts auf die Zeit bestimmte, in der die Arbeiter noch zum Teil in der Fabrik fronten oder aber sich doch erst auf dem Wege zur Wohnung befanden.

Der Abwechslung halber wurde das Promenadenkonzert auch auf den Alten Markt verlegt. Von Promenade und promenieren konnte dann nicht mehr gut die Rede sein. Die Zuhörer mußten entweder auf einem Fleck stehen bleiben oder die ganze Gesellschaft setzte sich, verschiedene Gruppen bildend, in einen Rundmarsch; man hatte da noch obendrein das mehr oder weniger angenehme Gefühl, zu dem mitwirkenden Teil eines Zirkus zu gehören. Aber erträglich war die Geschichte immerhin noch, wenn auch wenig angenehm. Doch mit des Geschickes Mächten usw.

Die Anwohner des Neuen Marktes wurden von quälender Eifersucht geplagt ob dieser Bevorzugung ihrer Mitbürger vom Alten Markt. Sie riefen mit lauter Stimme nach Gleichberechtigung (sonst nur eine Forderung der Arbeiterpartei) — sie riefen nach Musik. Und der Magistrat — in der Erkenntnis, daß das „Kunstverständnis" der ehrsamen friedliebenden Bürgerschaft ein gar köstlich Ding sei und sintemalen die Musik in hervorragender Weise dazu berufen ist, die bösen Leidenschaften, so in der Brust der sündhaften Menschen beiderlei Geschlechts wohnen, nieder zu halten — hörte den Ruf nach Musik und der Neue Markt bekam sein „Promenaden"-Konzert. Dem mit den Herforder Platzverhältnissen nicht Vertrauten müssen wir verständnishalber vorweg eine kurze Beschreibung des Neuen Marktes geben.

Der Neue Markt ist überhaupt kein neuer Markt. Nach dem Alter der anstoßenden Johanniskirche mit dem abgerissenen, wieder aufgebauten, wieder abgerissenen und neuerdings wieder aufgebauten Turm zu rechnen, dürfte der Neue Markt so ungefähr 500 bis 700 Jahre bestehen; daher der Name „Neuer Markt". Von einem Platze kann schlechterdings auch nicht gut die Rede sein, es ist der Kreuzungspunkt von sechs Straßen. Umgrenzt wird er an drei Seiten von vier Wirtshäusern, darunter das von uns geschätzte Gasthaus „Zur Traube". Von der vierten Seite winkt uns freundlich ein im entsprechenden Stil gehaltenes „Bedürfnishäuschen" (nebenbei gesagt, die nützlichste Einrichtung des Neuen Marktes) mit einem alles andere als geschmackvollen Bauverschlag im Hintergrunde. Um das Bild zu vervollständigen, denke man sich an diesen Verschlag anlehnend einen Haufen halb verfaulten Holzes und einige Haufen Steine. Auf diesem Neuen Markt fand nun das „Promenaden"-Konzert statt.

Was vorauszusehen war, trat ein. Die Menschenmenge befand sich in fortwährender Gefahr, überfahren zu werden, man rettete sich abwechselnd von der einen Seite auf die andere. Dabei hätte es noch zu Katastrophen führen können, da mehrere Pferde scheuten. Die Kutscher hatten alle Kraft einzusetzen, um die unruhigen Tiere zu bemeistern. Selbstverständlich gingen die Leistungen der Kapelle unter dem dröhnenden Wagengerassel und Pferdegetrappel vollkommen verloren. Wer nur einen Funken Kunstsinn besitzt, den mußte es geradezu peinlich berühren, daß so etwas in einer Stadt wie Herford möglich ist.

* **Hille**, 5. Mai. Christlich-soziale Helden. Eine Tabakarbeiterversammlung fand gestern abend hier statt. Kollegin Östinde referierte. In der Diskussion sprach Genosse Schätze-Minden, sonst meldete sich niemand zum Wort. Kaum aber war die Versammlung geschlossen, da waren es zwei Herren, der Kleinbahnhofsvorsteher Brandhorst und der Molkereibesitzer Holm, ersterer auch zugleich Vorsitzender des Kriegervereins, welche mit wildem Geheul Beschimpfungen auf die anwesenden Genossen, hauptsächlich auf die Person des Kollegen Beermann, häuften. Alles seien Lügen, was da gesagt sei. Zigarrenarbeiter verdienten viel Geld, mehr wie die Maurer. Die Hiller Tabakarbeiter sollten sich hüten, die Sozialdemokraten wollten das Vaterland in den Schmutz ziehen. Bebel sei von den Pfennigen der Arbeiter ein Millionär geworden. So schrien die Herren und schnappten nach Luft dabei. „In meiner Molkerei verdient keiner unter 1200 Mark im Jahr!" schrie Herr Holm. Die anwesenden Arbeiter erklärten ihren Ekel diesem Gebaren der beiden Herren gegenüber. Jede Belehrung von seiten der Arbeiter hatte aber nur den Erfolg, daß die beiden Kämpen ihre Lungen zu neuen, verstärkten Kraftleistungen aufbliesen. Christlich-sozial sei man, schrie einer der Herren. Was die Krakehler bezweckten, erreichten sie aber nicht. Die Arbeiter blieben ruhig und stellten sich zum größten Teil auf die Seite der anwesenden Genossen. Diese christlich-sozialen Herren mußten die Erfahrung machen, daß mit Schreien und Lärmen die Arbeiter auch in Hille sich nicht mehr auf ihre Klassengenossen hetzen lassen. Daß unsere Genossen auf die Beschimpfungen der beiden Krakehler die Antwort nicht schuldig blieben, sondern frei und furchtlos den Mannen des kleinen Davids entgegentraten, versteht sich von selbst. Bemerken wollen wir noch, daß die Ausbeutung der Tabakarbeiter in Westfalen in dieser Gegend am schlimmsten betrieben wird. Die Tabakarbeiter tragen, wenn sie von der Fabrik nach Hause gehen, alle Säcke voll Tabak. Zu Hause sitzen sie dann bis tief in die Nacht hinein und besorgen die Zurichtung.

* **Eilshausen**, 4. Mai. Die Arbeiter von Hiddenhausen und Eilshausen gehen mit der Absicht um, einen Konsumverein zu gründen. Als Produzenten stehen die Arbeiter hier infolge der Zersplitterungsarbeit der Christlichen vollständig schutzlos da. Alles müssen sie über sich ergehen lassen: Lohnabzüge, Maßregelung, Zwiebelei bei der Arbeit, ja ein Kollege, der sich stets als Oberchrist aufspielte, soll sogar Prügel von seinem Meister erhalten haben. Alles dieses deckt der christliche Verband mit dem Mantel der Liebe zu. Aber nicht nur als Produzenten, auch als Konsumenten schröpft man hier die Arbeiter aufs äußerste. Um sich nun als Konsumenten zu schützen, wollten sich die Arbeiter hier in einem Konsumverein zusammenschließen. Kaum hatten die „Christen" etwas davon gemerkt, da hielten sie mit den Krämern zusammen eine Versammlung ab und vereinigten sich mit diesen, um die Konsumvereinsgründung zu hintertreiben und zu bekämpfen. Im Organ des christlichen „Tabakarbeiter" nehmen sie nun den Kampf gegen ihre eigenen Interessen auf. Das Blatt schreibt unter Eilshausen:

„Die hiesigen „Genossen" scheinen allmählich zu merken, daß die Arbeiterschaft wenig Verständnis für ihre mit vielem Geschrei angepriesene Bewegung haben. Jetzt sind sie auf den Einfall gekommen, auf dem Umwege eines Konsumvereins, den sie hier gründen wollen, mehr Anhänger zu gewinnen. Unsere Mitglieder werden sich selbstverständlich von dieser roten Agitationsmache fernhalten und ihn auch sonst bei den Arbeitern entsprechend bekannt machen."

Ganz abgesehen von dem schlechten Deutsch spiegelt sich in diesen Zeilen so recht die Idee der „christlichen" Bewegung wieder.

Genossenschaften, Gewerkschaften und die politische Bewegung sind nach der „christlichen" Auffassung nicht dazu da, die Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern der Agitation halber. Wohl niemals sind die „Christlichen" hier offener mit ihrem verräterischen Treiben hervorgetreten. Sie gründen ja auch nicht Gewerkschaften der Arbeiter wegen, sondern zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Gegen dieses Treiben erhebt sich im christlichen Lager bereits offener Widerspruch. Man fängt allmählich an zu merken, daß die „christliche" Bewegung den Arbeitern als Produzenten nicht helfen kann, sie aber als Konsumenten einfach der Ausplünderung preisgibt. Die Arbeiter von Hiddenhausen und Eilshausen dürfen sich nicht von diesen kapitalistischen Schrittmachern, von diesen „christlichen" Arbeiterfeinden irre machen lassen, sondern müssen ruhig und fest auf dem betretenen Wege, nach allen Richtungen hin die Arbeiterinteressen zu fördern, weiter marschieren. Die christlichen Arbeiter von Hiddenhausen und Eilshausen werden dann auch bald einsehen, wo ihre wahren Freunde sind. Durch Liebäugeln den Fabrikanten gegenüber, durch Lieb'-Kind-Machen bei dem Krämern, wie es die Christlichen in Hiddenhausen und Eilshausen stets getan haben, dient man nicht den Arbeitern. Die Arbeiter von Hiddenhausen und Eilshausen werden jetzt gerade den „Christen" zeigen, daß in der Vertretung und Förderung der Arbeiterinteressen die „Freien" und nicht die sogen. „Christen" die Führung haben.

* **Detmold**, 5. Mai. Sitzung des Amtsgemeinderats für das Amt Detmold. Die geplante Ueberlandzentrale bei Dörentrup wurde durch Ingenieur Hennecke-Bielefeld durch einen längeren interessanten Vortrag erläutert. Den Mitgliedern des Amtsgemeinderats wurden Fragebogen ausgehändigt, um festzustellen, ob sich die Anlage rentieren wird. — Der Bau einer Eisenbahn durch die Dörenschlucht wurde vertraulich beraten. — Ein Ortsstatut über die definitive Anstellung und Pensionierung der Amts-Unterbeamten soll ausgearbeitet werden. — Auf dem Wege nach Heiligenkirchen wird die Berlebecke durch den sog. blauen Steg überspannt. Ueber die Unterhaltung dieses Steges hatte sich nun vor dem Verwaltungsgerichte ein Streit entsponnen, der damit endete, daß das Oberverwaltungsgericht die Gemeinde Heiligenkirchen von der Unterhaltungspflicht freisprach. In Frage der Unterhaltung kam nun die Fürstliche Rentkammer. Diese weigerte sich aber. Der Amtsgemeinderat beschloß, gerichtlich gegen die Rentkammer vorzugehen. — Die Beschlußfassung über den Ausbau des Weges von Dalborn in das Amt Detmold hinein wurde ausgesetzt. — Ein Zuschuß zum Ausbau des Weges zu den Steinbrüchen am Knickberge wurde abgelehnt. — Der Antrag der Ortschaft Meiersfeld auf Teilung der Ortschaft Leistrup-Meiersfeld in zwei besondere Bauerschaften wurde dahin erledigt, daß erklärt wurde, der Amtsgemeinderat habe kein Interesse an dieser Frage. — Der Antrag der Ortschaft Fissenknick auf Trennung vom Standesamt Detmold und Hinzulegung zum Standesamt Meinberg soll bei der Regierung befürwortet werden. — Der Kohlenhändler Görder in Remmighausen soll zu den Unterhaltungskosten der Kommunalwege im Amte Detmold jährlich 30 Mark zahlen. — Betreffs des Erlasses einer Zuchtstier-Ordnung wurde beschlossen, so lange zu warten, bis die Regierung mit einer derartigen Ordnung an das Land herantritt. — Die Kosten für Abhaltung eines Unterrichtskursus zur Ausbildung von Obstbaum-Revisoren wurden bewilligt.

* **Ahlen**, 5. Mai. Zu der am Sonntag 9. d. M., stattfindenden Flugblattverbreitung werden die Genossen und Gewerkschaftler ersucht, sich zahlreich zu beteiligen. Ausgabe der Flugblätter Sonnabend abend 8½ Uhr an bekannter Stelle.

Zur Generalversammlung des Tabakvereins

am Dienstag in Berlin hatten nur Mitglieder Zutritt. Wie in der Versammlung der Verrat der Tabakindustriellen fortgesetzt wurde, darüber schreibt uns ein Teilnehmer: Vor der Versammlung, seit 8 Uhr morgens, hatten Vorstand, Ausschuß und die Vorsitzenden der Landesvereine getagt, die der Generalversammlung eine Resolution vorlegten. (In der Mittwoch-Nr. gebracht.) Den westf. Fabrikanten und denen vom Niederrhein wurde von einem Redner empfohlen, sich zu fügen und die Agitation gegen die Majorität aufzugeben. Man müsse durch die Geschlossenheit imponieren. Fabrikant Schöning machte den Umfall mit, auch er ergriff das Wort und erklärte für die Westfälinger, indem er seine bis jetzt innegehabte Stellung noch einmal darlegte, daß er, nur wenn der Reichstag über Leichen gehen wolle, für die Resolution sei.

Kommerzienrat Collenbusch-Dresden sagte nun: Wer gegen die Resolution ist, erhebe eine Hand. — Da erhoben sich links vom Bureau etwa 20 Hände. In diesem Augenblick, also während der Abstimmung, erklärte Zigarrenfabrikant Kersten aus Rees zur Geschäftsordnung, daß sich die Fabrikanten vom Niederrhein der Abstimmung enthielten. Kommerzienrat Collenbusch übersah die 20 Hände und erklärte die Resolution für einstimmig angenommen. Die 20, welche dagegen stimmten, waren meist Westfälinger.

Da die bürgerlichen Blätter den offiziösen Bericht bringen werden, so übersenden wir der „Volkswacht" diesen Bericht mit der Bitte, auch hier der Wahrheit zu dienen. An die armen Tabakarbeiter denkt man bei dieser Aktion nicht. Ueber Leichen der Arbeiter schreitet man und den Besitz, die Reichen verschont man. Armes betrogenes Volk!

Vermischtes.

Explosion. Schönebeck a. E., 5. Mai. Kurz vor 2 Uhr erfolgte in den Allendorfschen Munitionswerken eine heftige Explosion. Der Alkoholraum flog in die Luft. Einige Stunden später explodierte das Laboratorium, worauf in kurzer Zeit die ganze Fabrik in Flammen stand. Bis jetzt sind fünf Tote und drei Verwundete geborgen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Zahl der Opfer noch größer ist.

Schönebeck a. E., 5. Mai. Zu der Explosion in den Allendorfschen Munitionswerken wird noch berichtet: Das Feuer ist gelöscht, die Aufräumungsarbeiten sind bereits im Gange. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend, der Betrieb wird fortgesetzt. Außer den bereits geborgenen fünf Toten und drei Schwerverletzten befinden sich weitere Opfer nicht unter der Trümmern.

Von der Luftschiffahrt. Ravensburg, 5. Mai. Der „Oberschwäbische Anzeiger" meldet, daß Zeppelin II, der noch vor Pfingsten nach seinem Standort Köln übergeführt werden soll, zwischen dem 15. und 20. Mai zu einer Fernfahrt nach Berlin aufbrechen wird. Zeppelin I werde in nächster Zeit die Ballonhalle in Metz beziehen. Die Fertigstellung von Zeppelin III, der für die Frankfurter Ausstellung bestimmt ist, wird bis zum Monat August erfolgen.

Selbstmord eines jungen Liebespaares. Leipzig, 5. Mai. In einem Gehölz in unmittelbarer Nähe der Stadt fand man heute früh ¾6 Uhr, auf einer Bank liegend, den 17jährigen Agentensohn Kurt Robert Mechold und die 13jährige Ida Berta Lehmann besinnungslos auf. Sie hatten Gift genommen. Bei ihnen lag eine Karte mit der Aufschrift: ¼4 Uhr freiwillig aus dem Leben geschieden, weil wir uns liebten! Die Selbstmörder wurden nach dem Krankenhause gebracht. Dort ist Mechold verstorben, das Mädchen liegt im Sterben.

Pilzvergiftung. Ratibor, 5. Mai. Dem „Oberschlesischen Anzeiger" zufolge sind der Ingenieur Hruban in Bochina, seine Frau, seine zwei Kinder und das Dienstmädchen nach dem Genuß von getrockneten Pilzen, die Hruban im vergangenen Sommer in einem nahen Walde gesammelt hatte, erkrankt. Frau Hruban und ihr Sohn sind bereits gestorben. Die übrigen Erkrankten schweben ins Lebensgefahr.

Ein Hauptmann wegen Sittlichkeitsverbrechen vor Gericht. Mainz, 5. Mai. Gestern wurde vor dem Kriegsgericht gegen einen Hauptmann wegen Sittlichkeitsverbrechen hinter verschlossenen Türen verhandelt. Näheres ist noch nicht bekannt.

Von einem Eisenblock zermalmt. Lille, 5. Mai. In Fiveville wurde ein Metallarbeiter von einem umstürzenden Eisenblock vollständig zermalmt.

Frost. Montpellier, 5. Mai. Der Frost der letzten Tage hat hier und im ganzen Departement ungeheuren Schaden angerichtet. In den verschiedenen Bezirken ist die gesamte Blüte der Obstbäume vernichtet worden.

Explosion eines Pulverwerks. Graz, 5. Mai. Heute morgen ist das Pulverwerk Jahnstampe bei Peggau in die Luft geflogen. Ob Menschen dabei verunglückt sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

Regenwetter und Hochwasser. Wien, 5. Mai. Infolge des andauernden Regenwetters wird aus allen Landesteilen Steigen der Flüsse und große Hochwassergefahr gemeldet.

Letzte Nachrichten.

Recklinghausen, 6. Mai. Ein umfangreicher Waldbrand, dem etwa 1000 Morgen Wald zum Opfer fielen, ist an der Bahnstrecke Haltern-Recklinghausen ausgebrochen. Der Wald gehört zum größten Teil dem Herzog von Arenberg. Der Brand soll durch Funken der Lokomotiven entstanden sein.

Halle a. S., 5. Mai. Von einem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten wird der „Saale-Zeitung" geschrieben: Man beurteilt die Lage zumeist ungünstig innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Man fürchtet, daß die Reichsfinanzreform ohne das Zentrum nicht durchzusetzen ist, mit dem Zentrum aber in jener der Regierung genehmen Weise um den Preis von Bülows Absetzung, und es mehren sich die Aussichten, daß dies doch der schließliche Ausweg sein wird. Von anderer Seite wird die Möglichkeit erwogen, die Besitzsteuer auf ein Jahr durch entsprechende Einführung der Matrikularbeiträge zu ersetzen, um durch eintretende enorme Belastung der Bundesstaaten zu zeigen, daß es auf diese Weise auf die Dauer nicht geht.

Bromberg, 6. Mai. Die hiesige Strafkammer verurteilte den 30jährigen Lehrer Fritz Fritsch aus Jannowitz wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit zu 3 Monaten Gefängnis. Fritsch hatte sich in 3 Fällen an Schulmädchen vergangen.

Annaburg, 6. Mai. In den Reinsdorfer Sprengstoffwerken bei Wittenberg wurden bei einer Geschützexplosion ein Schießmeister und zwei Arbeiter getötet.

Kolberg, 6. Mai. In einem hiesigen Hotel erschoß sich der Leutnant Kuno vom Infanterie-Regiment Nr. 54. Das Motiv soll eine Liebesaffäre sein.

Graz, 6. Mai. Bei der gestrigen Pulver-Explosion in der Dynamitfabrik von Jahn wurde ein Arbeiter getötet, 2 andere trugen schwere Verletzungen davon.

Borislaw, 6. Mai. Die Brände in den galizischen Petroleumgruben haben weiter an Ausdehnung zugenommen. Das durch Blitzschlag entstandene Feuer erstreckt sich jetzt auf nicht weniger als 9 Schächte, an deren Betrieb verschiedene deutsche Gesellschaften mit Kapital beteiligt sind. Eine der Gruben zählte zu den am meisten produzierenden Petroleumanlagen.

Konstantinopel, 6. Mai. Das neue Kabinett, das gestern vormittag gebildet wurde, setzt sich folgendermaßen zusammen: Großwesier Hilmi; Inneres Ferid; Krieg Salib; Aeußeres Rifaat; Justiz Hakki (bisher Botschafter in Rom); Bergwerke und Forsten Noradunghian; Handel Aristidi (bisher Abgeordneter); Unterricht Asmi (bisher Wali von Brussa); Marine Arif Filmet, Scheich ul Islam Saib Mollah, Staatspräsident Reschid Akif. Der jungtürkische Abgeordnete Dschavid wird Unterstaatssekretär der Finanzen, Aristarchi Unterstaatssekretär des Aeußern.

Teheran, 6. Mai. Die offizielle Feier des Geburtstages des Schahs im Bagschahgarten ist ohne Zwischenfall verlaufen. Sämtliche Gesandten, sowie die Spitzen der europäischen Kolonien waren mit ihren Damen erschienen. — 250 Nationalisten aus Reschd sind, wie bereits gemeldet, vorgestern in Kahwin eingedrungen, haben das Gouvernement angegriffen und den Gouverneur gefangen genommen. Die Garnison leistete bis zum Einbruch der Dämmerung Widerstand, worauf die Feindseligkeiten eingestellt wurden. Von den Truppen des Schahs wurden 20 getötet, 100 ergaben sich. Die Nationalisten hatten 3 Tote.

Madrid, 6. Mai. In Orense kam es gestern zu feindseligen Kundgebungen gegen den Bischof, den moralischen Urheber des Blutbades von Osera. Der Bischof wurde ausgepfiffen. Sein Palais und die Klöster des Ortes wurden mit Steinen beworfen. Die Geistlichen schossen auf das Volk, dessen Wut dadurch aufs höchste gesteigert wurde. Die Erregung der Menge dauert fort.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Donnerstag — Freitag — Sonnabend

bringen wir sämtliche 2590

Reste und Restbestände unserer Gardinen-Abteilung

die sich während der Ostersaison in grossen Mengen angesammelt haben, zu nachstehend billigen Einheitspreisen zum Verkauf.

Reste von Rouleaux-Köper
darunter teuerste Qualitäten und grösste Breiten — Mtr. 35 ₰ 60 ₰ 95 ₰

Reste von Kongress-Stoffen
nebst Mull- u. Tüllvitragenresten — Mtr. 38 ₰ 48 ₰

Reste von Rouleaux-Damast
darunter 130 cm breite Transparentstoffe — Mtr. 75 ₰ 1.00

Reste von Köper- u. Tüllblenden
bis zu einem regulären Wert von 1.35 Mk. — Mtr. 24 ₰ 48 ₰ 75 ₰

Reste von Tuch- u. Plüschborden
in allen Farben, bis 4 Meter lang — Mtr. 29 ₰ 60 ₰ 95 ₰

Reste von Läuferstoffen
doppelseitige, solide Qualitäten — Mtr. 48 ₰ 75 ₰ 1.00

Reste von Leinenborden
reich appliziert, in Stücken von 1 Meter bis 1,90 Meter — Stck. 25 ₰ 48 ₰ 75 ₰

Reste von Gardinenspitzen
alle Längen bis 6 Meter — Mtr. 5 ₰ 10 ₰

Restbestände abgepasster Gardinen
von 1, 2 und 3 Fenstern in crême und weiss
Fenster 2.50 3.75 5.25 6.75

Restbestände eleganter Halbstores
von 1, 2 und 3 Fenstern mit und ohne Volant
Stück 5.90 8.25 11.50

Restbestände kompl. Tuchdekorationen
worunter Garnituren mit einem regulären Wert von 24.50
per Dekoration 6.75 9.50 12.75

Einz. Bandbettdecken
2bettig, Wert bis 22.00
Stück 9.75

Einzelne Bettvorlagen
schöne Muster u. Farbstellungen, dauerhafte Qualitäten
1.25 2.90 3.50

S. Alsberg & Co.

Stadttheater.
Heute, abends 7½ Uhr, nur einmalige Aufführung:
Die Zauberflöte.
Freitag, 7. Mai 1909, abends 7½ Uhr, zum letzten Male!
Mit neuen Dekorationen und Beleuchtungs-Effekten.
= Die Walküre. =
Sonnabend: Kleine Preise!
Hoffmanns Erzählungen.
Schluß der Spielzeit:
Montag, den 10. Mai 1909.

Steter Eingang von
!! Neuheiten !!
Krawatten von 35 ₰ an.
Herren-Kragen 35, 45, 55, 60, 65 ₰
Manschetten Paar v. 50 ₰ an.
Garnituren 1.20, 1.50
Bunte Serviteurs mit Kragen 80 ₰
Herren-Socken Paar von 30 ₰ an.
Hosenträger in jed. Preislage.
Krawatten-Nadeln und Manschetten-Knöpfe
:: zu äußerst billigen Preisen ::
empfiehlt 2581
Ida Nolte,
Oberstraße 51.

Visiten-Karten
liefert sauber und billig
Buchdruckerei „Volkswacht".

Simons Brot — **Soester Simonsbrot**
reinigt den Darm, befreit von Zucker, kräftigt den Körper, belebt den Geist.
3 Sorten à 55 Pfg. [2017
Niederlagen in Bielefeld:
Emil Klein, Mittelstr. 1;
Fischer, Siegfried- u. Turmstr.-Ecke;
Herm. Hutmann, Hagenbruchstraße;
Wilh. Ulrich, Bahnhofstraße,
H. Wesselmann, Wittekindstr. 16;
Emil Zacharias, Gehrenberg 8.

Wegen Umbau
Räumungs-Ausverkauf
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
darunter Sachen unter Einkauf!!
Wilhelm Diekmann
Herforderstr. 198.
2577

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis, daß ich das
Friseur-Geschäft
von Herrn **Möller** käuflich erworben habe.
Indem ich eine **gute Bedienung** zusichere, empfehle mich
Hochachtungsvoll
Emil Emde, Friseur,
Herforderstr., neben Stadtheiderschule.
2573*

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Inserenten der **„Volkswacht."**

Diejenigen,
welche noch Forderungen an den verstorbenen Herrn **Caspar Westerhold,** Waltgeristraße, haben, oder noch etwas erhalten, werden hiermit aufgefordert, sich bei dem Testamentsvollstrecker Herrn Kolon Aug. Strathmeyer, Eimterstraße Nr. 85, bis zum 20. d. Mts. zu melden.
Der Testamentsvollstrecker
2585 **Aug. Strathmeyer.**

Billige Konserven!

Ia. Brech- und Schnittbohnen	2 Pfund-Büchse	30	Pfg.
„ Stangen-Perlbohnen	„	45	„
„ „ Wachsbohnen	„	45	„
„ Gemüse-Erbsen	„	37	„
„ Suppen- „	„ von	49	Pfg. an
„ Bruchspargel	„	80	Pfg.
„ Stangenspargel	„	98	„
„ gemischtes Gemüse	„	67	„
„ Spinat	„	57	„
„ Kohlrabi	„	35	„
„ Carotten	„ von	37	Pfg. an
„ Essiggurken	4 Liter-Dose	250	Pfg.
„ „	8 Liter-Dose	390	„
„ Salzgurken	4 Liter-Dose	150	„
„ „	8 Liter-Dose	240	„

Capern, Champignons, Sardellen
:: Ia. Frucht-Konserven billigst ::
Heinr. Hill
2583 **Bielefeld**
Niederwall 5 Arndtstr. 43 Reichspoststr. 10.
Brackwede, Kaiserstr. 58.
Rabatt! **Rabatt!**

Soeben ist erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:
Leo Deutsch: Der Lockspitzel Asew und die terroristische Taktik.
Deutsch von **S. Grumbach.** Preis **40** Pfg., Porto 5 Pfg.

2590
eilung
Verkauf.
ardinen
eiss
675
bstores
ant
50
rationen
on 24.50
1275
ettvorlagen
Farbstellungen,
Qualitäten
00 350
Co.
rven!
Pfund-Büchse 30 Pfg.
„ 45 „
„ 45 „
„ 37 „
„ von 49 Pfg. an
„ 80 Pfg.
„ 98 „
„ 67 „
„ 57 „
„ 35 „
„ von 37 Pfg. an
-Dose 250 Pfg.
-Dose 390 „
-Dose 150 „
-Dose 240 „
ardellen
lligst ::
chsposstr. 10.
tr. 58.
Rabatt!
handlung „Volks-
pitzel Asew
iktische Taktik.
Pfg., Porto 5 Pfg.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 104. **Bielefeld, Donnerstag, 6. Mai 1909.** **20. Jahrg.**

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

200. Sitzung vom Mittwoch, 5. Mai, 3 Uhr nachmittags.

Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Haftung des Reiches für seine Beamten.

Staatssekretär Dr. Nieberdirg befürwortet den Entwurf, der die unmittelbare Haftung des Reiches für den durch Reichsbeamte in Ausübung von Amtsbefugnissen verursachten Schaden regelt.

Die Abgg. Dr. Brunstermann (Rp.), Dr. Junck (natl.), Dr. Spahn (Ztr.), v. Brockhausen (kons.), Gyßling (Fr. Vp.), Kölle (W. Vg.) erklären sich mit dem Entwurf einverstanden.

Abg. Stadthagen (Soz.): Auch wir stimmen dem Antrage zu. Der einzelne Bürger kann sich den Beamten nicht auswählen, der ihm gegenüber eine öffentliche Tätigkeit ausübt. Daraus folgt logischerweise, daß derjenige, der den Beamten mit der Ausübung dieser Tätigkeit betraut, auch dafür haften muß, wenn in widerrechtlicher Weise jemand verletzt ist. Dieser Gedanke ist im Volke außerordentlich lebhaft und stark. Leider hat die Regierung diesen Gedanken auf die Haftbarkeit des Reiches beschränkt. Es ist fraglich, ob es in der Kommission gelingen wird, die Ausdehnung auf die Bundesstaaten zu erlangen. Schon 1896 habe ich dargelegt, wie notwendig es ist, daß die Haftung des Staates für die Handlungen von Polizei- und anderen Beamten ausgesprochen wird, wenn es sich um Eingriffe in die persönliche Freiheit handelt. Wenn z. B. fahrlässigerweise Untersuchungshaft verhängt oder ausgedehnt wird, so ist nicht einzusehen, weshalb der Staat nicht haften soll. Fast täglich werden unberechtigte Verhaftungen von unserer Polizei vorgenommen, welche eine gewisse Uebung darin hat, eine Menge solcher Leute zu verhaften, die nicht schuldig sind, und dafür die Schuldigen nicht aufzufinden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man hat aber damals unseren Antrag abgelehnt, aus Furcht, daß an Stelle des Unrechts das Recht Gesetz werden könnte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß die Personen des Soldatenstandes im Sinne dieses Gesetzes den Reichsbeamten gleichstehen, ist mit Freuden zu begrüßen. Eine Folge würde sein, daß die Mißhandelten und zufolge des Kadavergehorsams zu Krüppeln Geschlagenen nicht mehr einen Regreß allein gegen den unmittelbar Schuldigen, sondern nunmehr auch an das Reich haben. Dieser Regreß wird vielleicht Anlaß geben, daß gegenüber solchen Vorkommnissen anders eingegriffen werden wird, als bisher. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Erhebliche Bedenken bestehen gegen Ziffer 3, wonach das Gesetz keine Anwendung findet „soweit es sich um die Tätigkeit eines mit Angelegenheiten des auswärtigen Dienstes befaßten Beamten handelt, welche die Gewährung des Schutzes gegenüber dem Auslande zum Gegenstande hat, oder durch die auf eine ausländische Rechtsvorschrift zu nehmende Rücksicht veranlaßt ist". Daß die Haftung des Reiches aufgehoben wird, wenn einem im Ausland befindlichen Deutschen rechtswidrig der Schutz versagt wird, ist absolut nicht einzusehen. (Zustimmung bei den Soz.) Wenn der Deutsche kein Arbeiter, sondern Angehöriger der bürgerlichen Klasse ist, so werden allerdings gleich Kriegsschiffe hingeschickt. Hier aber will der Entwurf eine Rechtsversagung von ganz ungeheuerlicher Art. (Zustimmung bei den Soz.) Das bedeutet geradezu: die Beamten des Auswärtigen Amtes sind nicht der Deutschen wegen da, sondern der Bureaukratie wegen und der Gehälter wegen (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich hoffe, daß diese Ausnahmebestimmung in der Kommission beseitigt wird. Ich hoffe ferner, daß es gelingen wird, die Haftpflicht in dem Sinne auszudehnen, wie wir es im Jahre 1896 beantragt haben. Leider haben wir bisher keine Richter aus dem Volke und deshalb gebrauchen wir solche Gesetze. Dieses hier ist wenigstens kein Rückschritt und wir werden ihm daher, hoffentlich mit den angedeuteten Erweiterungen, zustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Der Gesetzentwurf geht an die Justizkommission.

Es folgt die dritte Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, der Zivilprozeßordnung und der Gebührenordnung für die Rechtsanwälte.

In der Generaldebatte wird das Wort nicht verlangt.

In der Spezialdebatte begründet

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) einen Antrag auf obligatorische Gewährung des Armenrechts in Bedürfnisfällen bei Gegenständen über 300 Mk., sowie auch in den Fällen, in welchen die Gegenpartei einen Anwalt hat. Die Gewährung des Armenrechts dürfe nicht vom Ermessen des Richters abhängen.

Staatssekretär Dr. Nieberding wendet sich gegen diesen Antrag.

Abg. Heine (Soz.): Der Antrag Schmidt-Warburg läuft ungefähr auf das hinaus, was meine Freunde bei der zweiten Lesung beantragt haben. Ich begreife nicht, warum der Herr Staatssekretär dagegen protestiert, daß die Frage, ob arm oder reich hineingezogen wird. Es handelt sich um eine Konsequenz aus der Bewilligung des Armenrechts, und da ist es ganz unerläßlich, daß die Partei, um deren Interesse es sich handelt, eben eine arme sein muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich kenne viele Richter, die aus bureaukratischer Gleichgiltigkeit oder Ueberlastung mit Geschäften nicht mit der Liebe und dem Interesse an die Sache herangehen, welche notwendig sind, und welche schematisch die Anträge auf Beiordnung eines Rechtskundigen oder Anwalts abzulehnen pflegen. Namentlich bei Alimentenprozessen ist das wichtig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Vertretung der außerehelichen Kinder wird meistens außerordentlich salopp geführt. Der Antrag Schmidt-Warburg ist ganz unbedenklich dadurch, daß die Beiordnung nur dann erzwungen werden soll, wenn auch die andere Partei einen Anwalt hat. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. v. Dziembowski (Pole) stimmt dem Antrag gleichfalls zu.

Staatssekretär Dr. Nieberding, Abg. Dove (Fr. Vg.), Abg. Dr. Ablaß (Fr. Vp.) wenden sich gegen den Antrag.

Abg. Groeber (Ztr.): Die Einwände schießen weit über das Ziel hinaus. Der Antrag entstammt einem warmen Gefühl für die Armen und nicht dem Tintenfaß, wie so manche andere Paragraphen. (Zustimmung im Ztr.)

Abg. Dr. Heintze (natl.) wendet sich gegen den Antrag.

Abg. Heine (Soz.): Die Angst des Vorredners, die Prozesse würden bei Annahme des Antrags länger dauern, wenn der armen Partei ein Anwalt bewilligt würde, haben mich nicht überzeugen können.

Abg. Träger (Fr. Vp.): Ein Teil meiner Freunde wird für den Antrag stimmen. Es handelt sich um eine soziale Tat und ich bitte Sie, dem Antrag beizutreten.

Der Antrag wird durch Hammelsprung abgelehnt.

Es liegt ein weiterer Antrag vor, die Pauschalgebühr für Schreibgebühr für Rechtsanwälte bei Zwangsvollstreckungen von 1 Mk. auf 2 Mk. zu erhöhen.

Abg. Heine (Soz.): Im Interesse der Bureaugehilfen stimmen wir diesem Antrage zu.

Der Antrag, sowie der Rest des Gesetzes werden nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Es wird ferner in dritter Lesung der Gesetzentwurf betr. Sicherung der Bauforderungen angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr. (Antrag Speck betr. Mühlenumsatzsteuer.)

Schluß 7¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom Mittwoch, 5. Mai 1909, vormittags 11 Uhr.

Die zweite Beratung des Kultus-Etats wird fortgesetzt beim Kapitel „Höhere Lehranstalten". Bei dem Titel „Zuschüsse für die vom Staat zu unterhaltenden Anstalten" wird eine Anzahl von Abgeordneten, die versuchen, auf irgend welche allgemeineren Fragen einzugehen, unter großer Heiterkeit des Hauses von dem Präsidenten v. Kröcher daran verhindert.

Abg. Eickhoff (Fr. Vp.) wünscht baldige Aufklärung über die von dem Abg. Heß vorgebrachten Gerüchte über das Gymnasium in Essen und protestiert gegen einen Artikel des „Berliner Tageblattes", der im Anschluß an jene Ausführungen zugibt, daß auch an anderen Gymnasien eine Bevorzugung der Schüler aus besseren Ständen stattfinde. Eine rasche Aufklärung des Falles wäre dringend notwendig, damit nicht in weiten Kreisen des Volkes der Mythus von den „besseren" Gymnasiasten Glauben findet.

Unterstaatssekretär Wever sagt nähere Aufklärung bis zur dritten Lesung zu. Im übrigen kenne die Unterrichtsverwaltung sogenannte „bessere" Gymnasiasten nicht.

Abg. Heß (Ztr.) mißbilligt ebenfalls den Artikel des „Berliner Tageblattes" und betont, er habe nur Gerüchte, die in Essen verbreitet wären, wiedergegeben.

Abg. Maurer (natl.) gibt die Nachricht einer Essener Zeitung wieder, daß im Januar zwei Kommissare der Unterrichtsverwaltung das Essener Gymnasium inspiziert hätten und meint, dann müsse doch alles in Ordnung sein.

Abg. v. Schenckendorff (natl.) tritt für eine erweiterte körperliche Erziehung der Jugend ein. Die Spielnachmittage sollen leider auf Kosten des pflichtmäßigen Turnunterrichts erfolgen. Das bedeutet nur eine Verschiebung in der Verwendung der seither schon vorhandenen pflichtmäßigen Turnzeit und entspricht auch nicht dem vorjährigen Beschluß des Hauses.

Abg. Schmedding (Ztr.) schließt sich dem Vorredner an.

Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff hält eine Vermehrung der Pflichtstunden der Lehrer nicht für angebracht. Das Ziel der Heranziehung einer auch körperlich gesunden Jugend habe auch die Unterrichtsverwaltung. Es frage sich aber, ob nicht durch die Ausdehnung des Zwanges auch auf die Spiele diese den Schülern für die Zukunft verleidet würden.

Abg. Eickhoff (Fr. Vp.) bittet, mit den obligatorischen Spielnachmittagen ohne Beeinträchtigung des allgemeinen Turnunterrichts wenigstens in einigen Schulen Versuche zu machen.

Abg. Müller-Sagan (Fr. Vp.) tritt für Bewilligung von Mitteln zu Exkursionen der Lehrer mit den Schülern in die freie Natur ein. Er hofft dabei gerade auf die Unterstützung derjenigen, die gegen die „Asphaltpolitiker", gegen die Asphaltmenschen überhaupt Front machen.

Das Kapitel „Höhere Lehranstalten" wird hierauf bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Elementarunterrichtswesen".

In Verbindung hiermit wird besprochen: 1. ein Antrag Schiffer (natl.), betr. die Zulassung der Volksschullehrer zum Schöffenamt. (Die Unterrichtskommission beantragt Ablehnung dieses Antrages.); 2. ein Antrag Gottschalk-Solingen (natl.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch welchen die Dauer der Schulpflicht in der ganzen Monarchie nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt wird unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Landesteile, und in welchem ferner einheitliche Bestimmungen über die Folgen der ungerechtfertigten Schulversäumnis, die Voraussetzungen ihrer Strafbarkeit, den Kreis der verantwortlichen Personen, die Art und Höhe der Strafen und das Strafverfahren getroffen werden; 3. Anträge der Abgg. v. Brandenstein und v. Kessel (kons.), Cassel (Fr. Vp.) und Dr. Pachnicke (Fr. Vg.), betr. stärkere Ausbildung und Heranziehung weiblicher Lehrkräfte für den Elementarunterricht und Vermehrung der staatlichen Lehrerinnenseminare.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.) begründet seinen Antrag mit der Verschiedenartigkeit der auf dem Gebiete der Schulpflicht bestehenden Bestimmungen.

Ein Regierungskommissar betont die Schwierigkeiten, die einer gesetzlichen Regelung dieser Frage, zu der die Regierung an sich durchaus bereit sei, entgegenstehen.

Abg. v. Brandenstein (kons.) wünscht in der Begründung seines Antrages hauptsächlich Heranziehung vermehrter weiblicher Lehrkräfte auf dem Lande. Die Mädchen vom Lande hätten gesunde Nerven und würden den Lehrerinnenberuf gut aushalten.

Ein Regierungskommissar sagt wohlwollende Erwägung des Antrages zu und stellt fest, daß schon jetzt die Zahl der Lehrerinnen erheblich zugenommen habe.

Abg. v. Kessel (kons.) wendet sich gegen die Einführung des Unterrichts in der Bürgerkunde in den Volksschulen. Die beantragten neuen 12 Kreisschulinspektoren werden wir bewilligen, erwarten aber im nächsten Jahre eine bessere Begründung solcher Forderungen. Im allgemeinen können wir einen Vorzug der weltlichen Kreisschulinspektoren vor den geistlichen nicht anerkennen. Es kommt auf die Auswahl der Persönlichkeiten an. — Den Antrag Gottschalk, mit dessen Inhalt wir im allgemeinen einverstanden sind, beantragen wir der Unterrichtskommission zu überweisen.

Abg. D. Hackenberg (natl.) hofft, daß das Entgegenkommen der Regierung gegenüber dem Antrag der Rechten auf Vermehrung der Lehrerinnenseminare sich auch bei anderen Anträgen des Hauses zeigen werde. Lehrerseminare sollten vor allem in kleinen Orten mit reichem Hinterland errichtet werden. (Sehr gut! b. d. Natl.) Auch sollte man mehr Externate zulassen. Dringend notwendig ist eine wissenschaftliche systematische Durchbildung der Seminarlehrer; die in Berlin veranstalteten Kurse genügen nicht. Lehrern, die ihre Tüchtigkeit dargetan haben,

Verbundene Augen.

Roman von Max Kretzer.

6 (Nachdruck verboten.)

„Sie ist ein liebes Ding. Wenn ich die nicht hätte," sagte Frau Dankelberg hinter ihr her, ungefähr in der Art einer Mutter, die vernarrt in ihr Kind ist und jede Gelegenheit benutzt, mit dem Lob nicht zurückzuhalten.

„Ihr einziges Fräulein Tochter, wenn ich fragen darf?" warf Trolla ein, der das Gefühl hatte, als müßte er durch ein paar Worte auf die Anerkennung eingehen.

„Leider," brachte Frau Dankelberg seufzerartig hervor. „Sie ist uns nur geblieben. Wir haben mit unseren Kindern viel Unglück gehabt. Einer meiner Söhne ist beim Baden ertrunken, und mit dem anderen ist es noch schlimmer gekommen."

Es war, als wollte sie noch etwas hinzufügen, mit einem abermaligen Seufzer jedoch brach sie ab, auf ihren Zügen den stillen Kummer einer Frau, in der plötzlich trübe Erinnerungen an Unersetzliches erwacht sind.

Einer erneuten, stummen Aufforderung, Platz zu nehmen, hatte er nicht mehr ausweichen können, und so saßen sie sich nun gegenüber, wie zwei schnell vertraut gewordene Menschen.

Trolla glaubte zu erraten, was sie meinte. „Gewiß hat der andere Hand an sein Leben gelegt," dachte er, sprach dann aber aus Höflichkeit kurz sein Bedauern über das Mißgeschick aus.

„Emmy hat uns viel zu schaffen gemacht," fuhr sie nach einer Pause fort. „In ihrer Jugend war sie immer schwach und kränklich. Und mehr als einmal dachten wir, sie würde uns draufgeben. Nach der Einsegnung ging's aber dann. Und jetzt ist sie ganz wohlauf, wenn sie auch so zart aussieht."

Sie mußte davon abbrechen, denn ihre Tochter trat wieder ein und setzte sofort einen Stuhl in die Mitte des Zimmers. Trolla jedoch schnellte sofort von seinem Sitze auf und bat um die Erlaubnis, ihr die kleine Arbeit abnehmen zu dürfen. Lachend, mit einer abwehrenden Bemerkung, hatte sie sich aber bereits auf den Stuhl geschwungen und entzündete nun die Flamme in der etwas unmodernen Ampel. Und ebenso gewandt war sie wieder heruntergesprungen.

„Turnen kann sie!" warf Frau Dankelberg wieder ein. „Sie hat auch Unterricht darin genommen. Der Arzt hatte es verordnet. Mancher Junge hätte es nicht besser machen können."

Emmy wurde rot und wandte sich ab, woraus Trolla entnahm, daß sie diese Offenheit in ihrer Gegenwart nicht angenehm berührte. Dann kehrte sie sich ihm plötzlich zu und sagte mit einer gewissen verschämten Liebenswürdigkeit: „Ich bin überzeugt, daß Sie das gar nicht interessiert, was Mama Ihnen erzählt. Aber es ist nun einmal ihre Art, Vorzüge an mir zu preisen, die ich nicht besitze."

„Wie gebildet sie spricht," dachte Trolla, dem diese Bescheidenheit sehr gut gefiel. Von Natur etwas blöde, hatte er vor wohlerzogenen jungen Mädchen einen bedeutenden Respekt, und so war er um eine Antwort verlegen.

Frau Dankelberg half ihm über sein nichtssagendes Lächeln hinweg, indem sie ihre Tochter an sich zog und mit großer Zärtlichkeit zu ihr sagte: „Du brauchst dein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Ein Dummchen bist du doch wahrhaftig nicht, und das Herz hast du auch auf dem richtigen Fleck. Nicht wahr, meine Kleine?"

„Aber Mama, was soll denn nur der Herr davon denken," kam es wieder mit demselben angenehmen Lächeln über ihre Lippen.

Trolla dachte allerdings in diesem Augenblick eine ganze Menge. Die ganze Art und Weise, wie man mit ihm hier verfuhr und ihn in eine Unterhaltung zog, die ihn kaum interessieren konnte, kam ihm sehr sonderbar vor. Der Zweck seines Erscheinens schien ganz vergessen zu sein, und ohne überhaupt zu wissen, ob er hier mieten würde, weihte man ihn bereits in die Familienverhältnisse ein. Er wußte nicht recht, wie er das auffassen sollte. Schließlich aber tröstete er sich sehr rasch mit dem Gedanken, daß man jedenfalls etwas an ihm gefunden haben müsse, was Mutter und Tochter sympathisch berührte und ihn namentlich des Vertrauens der ersteren würdig erscheinen lasse.

Er stand wieder, da er es nicht für passend hielt, sich zum zweiten Male zu setzen, bevor das Fräulein nicht Platz genommen haben würde. Plötzlich, als das Gespräch stockte, raffte er sich zusammen, machte eine steife Verbeugung und begann: „Dann bitte ich die Damen nochmals um Entschuldigung . . ."

Er kam aber auch diesmal nicht vom Fleck, denn sofort erhob sich Frau Dankelberg und sagte fast ängstlich: „Aber bitte, bleiben Sie doch noch. An den Preis brauchen Sie sich nicht zu stoßen, wir machen kein Gewerbe aus dem Vermieten, denn wir haben es eigentlich nicht nötig. Das Haus gehört uns. Es liegt uns nur daran, einen ruhigen und anständigen Mieter zu bekommen, und Sie machen auf mich den Eindruck, als wären Sie gerade der richtige."

Lächelnd und zögernd hatte sie die letzten Worte hervorgebracht, die er mit einem höflichen „Sehr schmeichelhaft" entgegennahm. Sie log keineswegs, um ihn durch eine oberflächliche Schmeichelei festzuhalten. Sein offenes, frisches Gesicht gefiel ihr und nicht minder die Gefälligkeit seines Wesens, die seine Unverdorbenheit verriet. Es steckte etwas in seiner hohen und schlanken Gestalt, das sie an die aristokratischen Allüren der jungen Herren erinnerte, mit denen ihr Mann geschäftlich zu tun hatte, und das zog sie ganz besonders an.

Bevor er noch viel überlegen konnte, hatte sie rasch mit ihrer Tochter einen Blick ausgetauscht, und so fuhr sie fort: „Wenn Ihnen zwanzig Mark nicht zuviel sein sollten, dann steht Ihnen das Zimmer zur Verfügung. Ich vermiete es eigentlich nur, weil der Eingang direkt vom Flur ist, und weil wir hinten noch große Räumlichkeiten haben, wo wir schlafen. Mein Mann muß öfter Reisen machen, und dann ängstigen wir uns des Nachts sehr . . . Für Bedienung brauchten Sie nichts weiter zu entrichten, und was den Kaffee anbetrifft, so würden wir darüber wohl schon einig werden."

„Man kommt dir ja hier ordentlich entgegen," dachte Trolla, der nahe daran war, diese außerordentliche Preisermäßigung etwas komisch zu finden. Zwanzig Mark — das ließe sich schon eher hören und vertrug sich auch mit seiner Monatskasse. Eine derartige Summe hatte er stets für ein anständiges Unterkommen angelegt und sich auch diesmal darauf vorbereitet.

Es gehörte nicht viel Witz dazu, um sich zu sagen, daß das Zimmer dafür gefunden sei, dennoch zögerte er abermals. Er befand sich in der Lage eines Menschen, der durch liebenswürdiges Verlocken an einer glänzenden, reichbesetzten Tafel Platz nehmen soll, ohne danach gekleidet zu sein. Er witterte irgend eine Gefahr, die ihm die Freiheit seiner Bewegung nehmen könnte.

Plötzlich fiel sein Blick auf einen glänzenden Gegenstand, der auf dem Schreibtisch stand und der ihm bereits bei der ersten Besichtigung ins Auge gefallen war, ohne daß er ihn weiter beachtet hätte. Nun aber erregte er seine Aufmerksamkeit.

„Ei, wo haben Sie denn das her?" fragte er, nachdem er an den Schreibtisch getreten war und die kleine Figur, die anscheinend aus bronziertem Gips bestand, in die Hand genommen hatte.

„Das ist die Themis, die Sie ja am besten kennen werden," fiel Emmy lebhaft ein und trat ebenfalls näher.

Es war wirklich die Göttin der Gerechtigkeit, mit verbundenen Augen, Schwert und Wage in den Händen. Trolla zeigte sich freudig überrascht. Als hätte er in dieser prosaischen Umgebung plötzlich ein seltenes Kunstwerk entdeckt, das sein ganz besonderes Interesse in Anspruch nähme, klopfte er mit dem Knöchel des rechten Zeigefingers an die hohl wie ein Topf klingende, schon etwas beschädigte Figur und musterte sie eingehend von allen Seiten.

„Ein Mieter, ein Assessor, hat sie zurückgelassen," sagte Frau Dankelberg etwas gedehnt, während die Tochter sich rasch abwandte. „Sie muß wohl keinen großen Wert für ihn gehabt haben."

Trollas Entschluß war gefaßt. Diese Figur erschien ihm wie ein gutes Omen, von dem er sich im Augenblick leiten lassen müsse. In seiner Einbildung kam ihm das Zimmer plötzlich verändert vor. Er sah sich in schweigender Nacht bei brennender Lampe am Schreibtisch sitzen und im Anblick der heiligen Themis versunken. Sie würde ihm Anregung geben, seinen Beruf mit ganzer Seele zu erfüllen, nachzueifern dem einen Rechte, an dem nicht zu kritteln und zu deuteln ist.

Sein letztes Zögern wurde durch einen leuchtenden Blick aus den Augen der Tochter bezwungen. Sie war wieder zurückgetreten und betrachtete ihn unverwandt, als wollte sie ihm die

muß der Zutritt gewährt werden zur Universität, damit sie dort in bestimmten Fächern sich wissenschaftlich ausbilden. (Sehr gut! links.) Wir haben gewiß ausgezeichnete Lehrpläne. In Süddeutschland geht man den umgekehrten Weg: man sucht sich zuerst die Persönlichkeiten, die imstande sind, gute Lehrpläne auch durchzuführen. Man sollte in Preußen den zweiten Schritt nun bald nachholen. (Sehr gut! links.) Auch unseren Volksschullehrern muß eine weitere Laufbahn eröffnet werden. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Heß (Ztr.): Unsere Volksschule steht durchweg auf der Höhe. Bürgerkunde wird schon längst an den Volksschulen erteilt. Als besonderes Unterrichtsfach ist sie dagegen überflüssig. Die Forderung des Herrn Hoffmann allerdings, daß auf der Volksschule Gesetzeskunde gelehrt werde, entspricht seiner Oberflächlichkeit im allgemeinen. Ich verstehe nicht, weshalb gerade Herr Hoffmann immer von den Sozialdemokraten beim Kultus-Etat zum Redner bestimmt wird. Ich nehme an deshalb, weil die Rede eines geistvollen und gebildeten Mannes wie des Herrn Heimann nicht so agitatorisch ausgenutzt werden könnte. (Lachen bei den Soz.) Den von Herrn Hoffmann gegen uns zitierten Kirchsteiner überlassen wir ihm gern. Das ist ein Mann, der wegen Sittlichkeitsverbrechen mit den Gerichten in Konflikt gekommen ist. Herr Tews, auf den sich Herr Hoffmann auch berief, ist ein ausgesprochener Feind der christlichen Kirche. Seine Weltanschauung in allen Ehren, aber sie charakterisiert sich jedenfalls als radikaler und religiös-philosophischer Subjektivismus. Ich kann es daher nicht für möglich halten, daß der ganze deutsche Lehrerverein auf dem Standpunkt des Herrn Tews steht. (Sehr richtig! i. Ztr.) Schreibt doch Herr Tews: Der Religionsunterricht ist nicht dazu da, die Kinder zum Glauben an die Lehren einer bestimmten Konfession zu erziehen, oder eine religiöse Weltanschauung bereits im Kinde hervorzurufen. Daher ist die Kirche nicht berufen, den Religionsunterricht in der Schule zu erteilen. (Sehr richtig! links.) Herr Tews steht durchaus auf dem Standpunkt der Bremer Lehrerschaft, und wir wissen, daß dies ein ausgesprochen religionsloser Standpunkt ist. (Widerspruch links. Sehr richtig! i. Ztr.) Der Erfolg des religionslosen Moralunterrichts in Frankreich ist bekanntlich ein miserables moralisches Niveau. (Oho! links.)

Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff: Gegenüber dem Antrag Brandenstein bemerke ich, daß die Lehrerinnenseminare in den letzten Jahren um 100 Prozent vermehrt sind, die Lehrerseminare nur um 50 Prozent. Das praktische Bedürfnis für die neuen Kreisschulinspektorstellen ist aufs eingehendste geprüft worden, und das wird auch in bezug auf das Bedürfnis weiterer Stellen geschehen. Ausdrücklich Bürgerkunde kann natürlich in der Volksschule nicht gelehrt werden, aber über das z. B., was zur Armee und zur Marine gehört, werden die Kinder innerhalb des Unterrichts orientiert. Die Frage der Seminarausbildung ist in der Tat von ausschlaggebendem Wert für unsere Volksschule. Es ist aber nicht richtig, daß wir zu viel Wert auf die Internate legen. Es sind in den letzten Jahren viel mehr Externate gegründet als Internate. Wenn wir einen Modus finden würden, das Vorwärtskommen der Lehrer zu erleichtern, wäre es uns als Unterrichtsverwaltung natürlich sehr erwünscht, aber es ergeben sich hier sehr viele Schwierigkeiten.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Parteinachrichten.

Ein städtischer Beamter darf kein Sozialdemokrat sein. In Essen ist der bisherige Stadtkassenassistent, Genosse Hans Steibüchel, für die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" gewonnen worden. Am 1. Mai sollte er seine neue Stellung antreten. Durch Denunziation bei der Stadtverwaltung ist nun Steinbüchel am Donnerstag durch den Oberbürgermeister plötzlich entlassen worden, wodurch er schon jetzt frei wurde. Der Oberbürgermeister fragte ihn, welcher politischer Richtung er angehöre, worauf Steinbüchel die Wahrheit bekannte. Darauf erfolgte die sofortige Entlassung. Genosse Steinbüchel war seit acht Jahren bei der Verwaltung der Stadt Essen angestellt, wohl der beste Beweis, daß er seiner Beamtenpflicht immer korrekt nachgekommen ist. Der Gewaltstreich entbehrt nicht der Komik, da der Oberbürgermeister doch wußte, daß St. am 1. Mai den Dienst verlassen werde. Wahrscheinlich wollte er zeigen, daß er einen Sozialdemokraten auch nicht einen Tag in der Verwaltung dulde.

Keine amtliche Publikation in einem sozialdemokratischen Blatte. Die vorletzte Stadtverordnetensitzung in Lüdenscheid hatte auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten beschlossen, die amtlichen Publikationen auch unserm Parteiorgan der „Volksstimme" zugehen zu lassen und dafür 200 Mk bewilligt. Der Magistrat trat aber dem Beschlusse nicht bei und nun hat die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ihren ersten Beschluß wieder aufgehoben. Dabei stellte sich heraus, daß die Mehrheit von vornherein mit der Ablehnung durch den Magistrat gerechnet und sich nur zum Schein in die Toga des gleichen Rechtes gehüllt hatte.

Der grobe Unfug hört nicht auf. Wir hatten in der Nummer unserer Zeitung vom 8. April gerügt, daß die Straßburger „Freie Presse" nach Generalanzeigermanier Inserate mitten in den Text hineingestellt hatte.

In der Nummer dieses Blattes vom Dienstag, 4. Mai, finden sich wieder Inserate mitten auf einer Textseite. Diesmal ist es ein Inserat, in dem verkündet wird, daß das allein echte Maggi Maggis Suppen-Würze mit dem Kreuzstern ist. Unter dem Inserat steht ein Feuilleton über den Kirschbaum und darüber ein Inserat des Verbandes baugewerblicher Hilfsarbeiter, außerdem Reichsländische Chronik und Gewerkschaftliches.

---

kommenden Worte von den Lippen lesen. Ihm schien es, als hielte sie dabei den Atem an.

„Wenn Sie gestatten, ziehe ich morgen ein," sagte er schnell, stellte die Figur auf ihren alten Platz und holte sein Portemonnaie hervor, in dem sich noch ein harter Taler befand.

Mutter und Tochter gerieten in Bewegung.

„Es wird uns eine große Ehre sein," viel die erstere freundlich ein. Und sofort erratend, was er tun wollte, wies sie die Anzahlung zurück mit dem höflichen Bemerken, daß das nicht nötig sei, denn sie sehe, mit wem sie es zu tun habe. Als wollte sie ihre gute Meinung von ihm noch extra bestätigen, reichte sie ihm wie einem guten Bekannten die fleischige Hand hin, in die Trolla, aus Freude darüber, heute, am Letzten, noch bei Kosse bleiben zu dürfen, ohne Zwang die seinige legte. Dann empfahl er sich nach einer letzten, höflichen Verbeugung.

Als er die Doppeltür hinter sich hatte und mit einem gewissen Vergnügtsein die Treppe hinabstieg, stieß er mit einem jungen, etwas verwachsenen Mann zusammen, der in einem Havelock steckte und durch den Zylinderhut, den er trug, einen seltsamen Eindruck machte. Trolla fühlte das Bedürfnis, sich eine Zigarre anzuzünden. Und während er stehen blieb und sich Feuer gab, entging es ihm nicht, wie der Kleine oben an dem Knopf der Türklingel zog. Dabei kam er auf den Gedanken, das könnte ebenfalls ein Bewerber um das Zimmer sein, und so freute er sich, den Handschlag als der Bevorzugte weggehabt zu haben.

„Na, da bist du ja, Fritz," hörte er dann Lauras Stimme, nachdem geöffnet worden war. „Gut, daß du kommst, es geht etwas vor."

Die Tür wurde wieder zugeschlagen. Und während Trolla mit Behagen die ersten Dampfwolken von sich stieß, hatte er die unangenehme Empfindung, dieses „Etwas" könnte sich auf ihn beziehen, und als Nachwirkung empfand er noch einmal den ganzen unerfreulichen Eindruck, den die Schwester mit dem mächtigen Schlüsselbund an der Schürze auf ihn gemacht hatte.

Bald aber bekam er seine gute Laune wieder. Was ging das alles schließlich ihn an? Er war nur Mieter und frei wie der Vogel in der Luft. Mit dem Gleichmut der Jugend, die sich schnell über alle Eindrücke hinwegsetzt, betrat er wieder die Straße.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Organisationen. Welche Wirkungen die Krise auf das Parteileben ausübt, ist aus einer Zusammenstellung des Parteisekretariats für das Herzogtum Oldenburg ersichtlich. Danach war im 1. Quartal d. J. in sechs Orten des Landes ein Mitgliederverlust von über 300 zu verzeichnen, der fast ausschließlich auf die Abreise der betreffenden Genossen aus den einzelnen Orten zurückzuführen ist. Trotzdem gelang es, durch Neuaufnahmen den Mitgliederstand in dem genannten Zeitraum um 50 zu erhöhen. Es beträgt derselbe jetzt annähernd 6000. — In sieben Orten haben sich Jugendausschüsse gebildet; in Rüstringen sind bereits 100 Mitglieder für die Jugendorganisation gewonnen. — Die vom Dietzschen Verlag in Stuttgart herausgegebene Bibliothek ist insgesamt 16 Ortsvereinen auf Kosten der Landeskasse übermittelt; im allgemeinen ist eine fleißige Benutzung zu verzeichnen.

Bebels „Frau und der Sozialismus" konfisziert! Die Wiener „Arbeiterzeitung" meldet: Der Prager Preßstaatsanwalt, dem wir schon manches Zensurstückchen zu verdanken haben, hat die eben erschienene tschechische Uebersetzung von Bebels „Frau und der Sozialismus" konfisziert. Abg. Nemec hat deshalb heute beim Ministerpräsidenten interveniert und ihm dargelegt, daß das Bebelsche Buch bereits in der 49. Auflage erschienen ist, in Oesterreich überall unbeanstandet verbreitet wurde und daß auch eine tschechische Uebersetzung bereits von 13 Jahren erschien, ohne vom Staatsanwalt konfisziert worden zu sein. Der Konfiskation verfiel diesmal eine Stelle (Seite 239 der 49. Auflage), die sich auf die Aufsaugung des kleinen Grundbesitzes durch den Großgrundbesitz bezieht und die aus dem in Oesterreich erschienenen Buche von Teisen entnommen ist. Der Ministerpräsident versprach, sich zu informieren. Abg. Nemec hat in dieser Angelegenheit außerdem eine Interpellation an den Justizminister eingebracht, worin er Schutz gegen die Uebergriffe der Prager Preßpolizei verlangt.

ac. **Die ungarische sozialistische Föderation der Ver. Staaten** hat durch Abstimmung, an der sich sämtliche Zweigvereine beteiligten, beschlossen, sich mit der sozialdemokratischen Partei zu vereinigen und sich den verschiedenen Staatsorganisationen anzuschließen. Die gegenwärtige Form der ungarischen Föderation wird beibehalten, um auch ferner die Landsleute, welche der englischen Sprache nicht mächtig sind, der Organisation zuzuführen.

ac. **Parteipresse.** Der „Vorwärts", das jüdische sozialistische Tageblatt Newyorks, wird nächstens sein 15jähriges Jubiläum begehen und zur Feier desselben eine 20 Seiten starke Extraausgabe herstellen. Das Blatt steht auf durchaus gesunder finanzieller Basis; es hat einen Abonnentenstand von 90 000.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Massenklage hat Genosse Dickreiter, Redakteur der „Altenburger Volkszeitung", zugestellt erhalten. Nicht weniger wie 37 Knopffabrikanten in Schmölln haben das Bedürfnis gehabt, sich durch einen Artikel, der von skandalösen Zuständen in der Knopfindustrie berichtete, beleidigt zu fühlen und Strafantrag zu stellen.

Neue Maßnahmen der Zechenbesitzer gegen die Arbeiter. Die dem Zechenverbande des Ruhrgebietes angehörenden Zechen händigen den Arbeitern jetzt Zettel aus, in denen sie darauf aufmerksam gemacht werden, daß, falls sie sich eines Kontraktbruches schuldig machen, innerhalb sechs Monaten auf keiner dem Verbande angehörenden anderen Zeche angenommen werden dürfen. Mit dieser Maßnahme hoffen die Herren offenbar, sich vor einer Schadenersatzpflicht zu schützen.

Gelbe Gewerkschaftler gegen Arbeitergrubenkontrolleure. Die Macher des gelben Zechenbeamtenverbandes im Oberbergamtsbezirk Dortmund, die den Bergherren bei der Bekämpfung der Forderung auf Arbeiter-Grubenkontrolleure hilfreich zur Seite gestanden haben, sind enttäuscht, daß bei der Beratung der Berggesetznovelle ihre Sonderwünsche nicht in Erfüllung gegangen sind. In einer in Bochum abgehaltenen Gesamt-Vorstandssitzung wurde deshalb beschlossen, erneut an das Abgeordnetenhaus heranzutreten, um wenigstens einen Teil der gestellten Wünsche durchzudrücken.

Die Maurer in Freiburg beschlossen, in den Streik zu treten, weil die Unternehmer den geforderten Tarifpreis nicht zahlen wollen.

Im schwedischen Baugewerbe droht eine größere Aussperrung auszubrechen. Die Differenzen entstanden aus dem in Aussicht genommenen Reichstarifvertrag, der von den Unternehmern stark moniert wird. Es handelt sich um die Frage der Arbeitszeit. Die Arbeiter verlangen, daß dort, wo die Arbeitszeit bereits kürzer ist als 57 Stunden pro Woche, diese kürzere Arbeitszeit bestehen bleiben soll, während die Unternehmer von dieser Bestimmung im Vertrage nichts wissen wollen, sondern durchweg für das gesamte Baugewerbe auf einer 57stündigen Arbeitswoche bestehen. Die Unternehmer drohen, wenn die Arbeiter nicht bis 15. Mai ihre Bedingung akzeptieren, sämtliche Bauarbeiterplätze in West- und Süd-Schweden ab 22. Mai zu schließen und am 23. Juni sämtliche, bei Mitgliedern des Zentralarbeitgeberverbandes Schwedens beschäftigte Arbeiter im ganzen Lande auszusperren. — Der Zentralarbeitgeberverband Schwedens umfaßt nicht nur die sämtlichen Bauarbeiter, sondern auch das gesamte Handwerk, sowie einen Teil der mittleren Industrie.

Lohntarife — literarische Leistungen! Das ungeheuerliche Urteil des Landgerichts Bautzen ist am Sonnabend vom Reichsgericht bestätigt worden.

Vom Landgerichte Bautzen wurde am 8. Januar der Geschäftsführer Oswald Heidel wegen Nachdrucks zu dreihundert Mark Geldstrafe verurteilt. In den Kengersdorfer Webereien i. S. hatte eine Lohnbewegung zu einer Lohnerhöhung von 7½ Prozent geführt. Der neue Tarif wurde in den Webereien aufgehängt. Der Angeklagte ließ in sieben Webereien von Arbeitern die Lohntarife stückweise abschreiben und veröffentlichte dann alle sieben vollständig in einer Broschüre. Als Anhang dazu gab er eine Tabelle, die zu den Tarifen in keiner Beziehung steht. Jeder der sieben Tarife, heißt es im Urteile, ist ein Schriftwerk. Jeder ist unabhängig von dem andern, da in jeder Fabrik die Lohnverhältnisse anders liegen und die Lohntarife nur mit großer Mühe daraus zu berechnen sind. Als Urheber sind die vielen Nebenkläger anzusehen, da sie persönlich an der Zusammenstellung mitgearbeitet haben. — In der Revision des Angeklagten wurde angeführt: Nur solche Schriftwerke sollen geschützt werden, die vermögensrechtlich verwertbar sind. Deshalb hat auch offenbar das Gericht den Nebenklägern eine Buße nicht zuerkannt. Die Tarife sind in einigen Fällen einfach von den Expedienten zusammengestellt worden, nicht von den Fabrikherren. Sie bestehen überhaupt nur in einer Zusammenstellung von Zahlen, die sich in einer Reihe von Jahren von selbst gebildet haben. Der Angeklagte hat den Arbeitern nur die Tarife verständlich machen wollen, damit sie erkennen, wie die Löhne berechnet werden. Dadurch ist das Werkchen des Angeklagten zu einer eigentümlichen geistigen Arbeit geworden. — Der Reichsanwalt führte aus: Die Tarife enthalten nicht eine mechanische Zusammenstellung von Zahlen, sondern sie konnten erst nach genauester Kalkulation aufgestellt werden, zu der ein hoher Grad von geistiger Arbeit gehörte. — Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet.

Diese wie so manche anderen Urheberrechtsmanieren günstige Entscheidungen fordern dringend eine Aenderung des Urheberrechtsgesetzes. Die oben mitgeteilte Entscheidung würde Gewerkschaften und nicht minder sozialpolitische Schriftsteller hindern, Lohntarife zu veröffentlichen, falls sie nicht die Genehmigung der Fabrikherren haben. Die Konsequenz des durchaus fehlsamen reichsgerichtlichen Entscheides würde wohl gar die sein, daß man auch die Aufschriften auf Lohntüten nicht veröffentlichen darf, weil diese „einen hohen Grad von geistiger Arbeit" erforderten. Das angeführte Urteil fällte dasselbe Reichsgericht, das gerichtlichen Urteilen den Wert wissenschaftlicher Leistungen absprach. Es ist bedauerlich, daß das Reichsgericht in dem angeführten für Sozialpolitiker und Gewerkschaften sowie für wissenschaftliche Forschungen nachteiligen Urteil sich so völlig rein von aller Wissenschaftlichkeit gehalten hat.

Neuer Streik der Post- und Telegraphenangestellten? Paris, 4. Mai. Einer Blättermeldung zufolge hat der Verbandsausschuß der Post- und Telegraphenangestellten beschlossen, daß die übermorgen zum Ministerpräsidenten Clemenceau zu entsendende Abordnung sich auf irgend eine Erörterung der verfügten Maßnahmen nicht einlassen, sondern der Regierung eine Art Ultimatum stellen soll. Einige hundert Post- und Telegraphenbeamten hielten heute nachmittag eine Versammlung ab, in welcher ein neuer Ausstand im Prinzip einstimmig beschlossen wurde. Mehrere Redner verlangten unter stürmischem Beifall, daß der Verbandsausschuß die Postbeamten zwei Tage vor Ausbruch des Streiks verständigen möge, damit diese Zeit hätten, alle Dienstbetriebe in Unordnung zu bringen.

ac. **Ein Stück tüchtiger Gewerkschaftsarbeit** lernen wir durch den Jahresbericht der Sektion Zürich des Metallarbeiter-Verbandes kennen. Es ist das erstemal, daß eine einzelne schweizerische Sektion einen gedruckten Jahresbericht herausgibt. Der Jahresbericht schildert die Schwierigkeiten, die es kostet, die Branchen zu verschmelzen. Kleinlicher zünftlerischer Berufsdünkel der Kollegen sträubte sich gegen die Verschmelzung, die im Jahre 1901 vorgenommen wurde. Von 400 in Branchen organisierten Kollegen schlossen sich zunächst nur 95 der allgemeinen Sektion an und ihre Zahl stieg bis 1904 erst auf 264. 1905 waren es 447, dann aber beginnt eine schnelle Steigerung bis 2036 im Jahre 1907. Dann freilich trat unter dem Druck des wirtschaftlichen Niederganges ein Mitgliederverlust ein. Aber immerhin zählt heute die Sektion 631 Mitglieder. Sie hat im Jahre 1908 153 427 Franken vereinnahmt und 150 901 Franken verausgabt; sie besitzt ein ständiges Lokalsekretariat mit mehreren Beamten, hat während des letzten Streiks eine Spenzler Produktivgenossenschaft gegründet, und wird bei wieder aufsteigender Konjunktur den Mitgliederverlust sicher wieder einholen.

Soziales.

Lohnherabsetzungen bei einsetzendem wirtschaftlichem Aufschwunge beabsichtigen die Herren vom Zentralverband deutscher Industrieller vorzunehmen. Wenigstens hat Herr Bueck diese Ansicht auf der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum besten gegeben. Er meinte, es sei kein Zweifel, daß in absehbarer Zeit ein wirtschaftlicher Aufschwung kommen werde. Allein, wenn angesichts der erhöhten Selbstkostenpreise die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte den Konkurrenzkampf bestehen wolle, dann werde es erforderlich werden, die Arbeitslöhne herabzusetzen. Das würde den äußersten Widerstand der Arbeiter hervorrufen. Vom wirtschaftlichen Aufschwunge ist zwar noch nichts zu spüren, denn die gegenwärtige geringe Besserung des Arbeitsmarktes ist auf die alljährlich im Frühjahre eintretende Belebung des Arbeitsmarktes zurückzuführen.

Bisher mußte die Krise zur Begründung von Lohnkürzungen herhalten, jetzt soll es nun wieder der wirtschaftliche Aufschwung. Den Scharfmachern ist eben jede Situation recht, um unter Berufung auf ihren Patriotismus die deutsche Industrie vor dem Untergang bewahren und die Löhne der Arbeiter drücken zu wollen. Gut nur, daß die Arbeiter vermöge ihrer Gewerkschaftsorganisationen dafür gesorgt haben, daß der Weizen der Unternehmer nicht gar zu üppig in die Halme schießen kann.

Niederlage des Handelsministers im Kampfe gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Ein helles Licht auf die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Abschneidung des Rechtsweges der Kassen gegen behördliche Uebergriffe wirft die jetzt veröffentlichte Entscheidung des Bezirksausschusses zugunsten der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker in Berlin.

Bekanntlich hatte der preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine, dem die von den Kassenkontrolleuren und dem Rendanten der vorgenannten Kasse veranstalteten lehrreichen Wohnungsenqueten unangenehm waren, im Jahre 1907 sich herausgenommen, den Magistrat als Aufsichtsbehörde der Kasse zu ersuchen, der Kasse die Veranstaltung solcher Wohnungsenqueten zu untersagen. Der Berliner Magistrat wies dies Ansinnen zurück. Das gleiche tat der Oberpräsident. Aber der Hausbesitzerverein ließ nicht locker. Er vertraute, ganz ebenso wie die Bergbarone, auf die antisozialen Anschauungen des preußischen Handelsministeriums. Dies Vertrauen wurde belohnt. Der preußische Handelsminister gab dem Magistrat auf, dem gesetzwidrigen Ansinnen des Hausbesitzervereins zu entsprechen! Dem glaubte der Magistrat nachkommen zu müssen und untersagte unter dem 26. August 1908 der Krankenkasse die Verwendung von Kassenmitteln für die Vornahme solcher Wohnungsenqueten.

Diese gesetzwidrige, vom Minister herbeigeführte Anordnung hat nunmehr der Bezirksausschuß Berlin als eine mit dem Gesetz unvereinbare, die Interessen der Kasse und ihrer Mitglieder schädigende Maßnahme auf die Klage des Kassenvorstandes außer Kraft gesetzt.

In den Urteilsgründen heißt es:

„Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der angefochtenen Anordnung hängt wesentlich mit der Beantwortung der Frage zusammen, ob die Aufwendungen aus dem Vermögen der Kasse zu den Zwecken der sogenannten Wohnungsenqueten und ihrer Veröffentlichung nach der Vorschrift des § 29 des Kranken-Versicherungsgesetzes bezw. nach dem Kassenstatut zulässig erscheinen oder nicht. Der Bezirksausschuß hat, in völliger Uebereinstimmung mit dem vorgedachten Bescheide bezw. Erlasse (der ersten Magistratsverfügung und dem Oberpräsidialerlaß) die Ueberzeugung nicht zu gewinnen vermocht, daß die hier in Rede stehenden Aufwendungen der Kasse zu einem Zwecke gemacht sind, der über den Rahmen der rechtmäßigen Befugnis der Kasse hinausgeht. Vielmehr ist anzuerkennen, daß die Veranstaltung sowohl wie die Veröffentlichung der sogenannten Wohnungsenqueten mit den gesetzmäßigen Zwecken der Kasse in so engem Zusammenhange steht, daß die dadurch erwachsenden, im Verhältnis zu den notorisch sehr erheblichen Einkünften der Kasse nur geringfügigen Kosten eine ungesetzmäßige oder auch nur mißbräuchliche Verwendung des Kassenvermögens nicht darstellen. Dieser Auffassung stehen nach der Ansicht des Bezirksausschusses auch die Ausführungen der in dem Ministerialerlasse vom 26. August 1908 angezogenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 13. April 1905 vor allem deswegen nicht entgegen, weil es sich in dem dort erörterten Falle nicht um die Frage gehandelt hat, ob eine subjektive Maßnahme des Kassenvorstandes gegen das Gesetz oder das Statut verstoßen habe, sondern vielmehr darum, ob die Aufnahme einer objektiv ungesetzmäßigen Bestimmung in das Kassenstatut zulässig sei."

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Die Auflösung der deutschen Fahrradkonvention.** Das vor zwei Jahren errichtete Kartell der Fahrradfabriken ist am 30. April aufgelöst worden. Eine Generalversammlung der deutschen Fahrradkonvention, so firmierte das Kartell, hatte am 24. April beschlossen, am 30. April die Auflösung herbeizuführen, falls nicht bis zu diesem Tage die noch außenstehenden Firmen ihren Beitritt erklären. Offiziell wird jetzt mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit den Außenseitern im allgemeinen ein gutes Ergebnis hatten, daß aber einige wenige Werke auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharrten. Auch diese Meldung kann als eine Bestätigung dafür aufgefaßt werden, daß das Kartell nicht durch die wenigen außenstehenden Werke, sondern durch eigene Kartellfirmen, also von innen heraus, gesprengt wurde. Das Kartell bestand über ein Jahr, bevor die Oeffentlichkeit von seiner Existenz Kenntnis erlangte. Es umfaßte nach den Angaben beteiligter Firmen fast 90 Prozent der gesamten Erzeugung, seine Tätigkeit erstreckte sich nicht nur auf Preisvereinbarungen, es hatte mit den Lieferanten der Fahrradfabriken Verträge abgeschlossen, durch die den Mitgliedern der Konvention Sondervorteile zugestanden wurden, ferner hat es auch eine gewisse Kontingentierung der Produktion herbeigeführt. Ursprünglich war auch die Errichtung einer Verkaufszentralisation geplant, das Kartellgebilde sollte zu einer enggeschlossenen Or-

ganisation gestaltet werden, zur Durchführung dieser Ziele war die Bergisch-Märkische Bank, bekanntlich ein zum Konzern der Deutschen Bank gehörendes Institut, interessiert worden. Daß das Kartell nunmehr der Auflösung verfiel, ist hauptsächlich auf Reibungen zwischen den kartellierten Firmen zurückzuführen, für die der nicht ganz lückenlose Anschluß der noch außenstehenden Werke nur ein Vorwand für den Rücktrittsbeschluß war. Schon im Januar hatten sich die Differenzen so verschärft, daß die Fortführung der Konvention als sehr unwahrscheinlich bezeichnet wurde, es gelang aber eine provisorische Verlängerung des Vertrages herbeizuführen, obwohl eine der bedeutendsten Fahrradfirmen, die der Konvention bis dahin angehört hatte, öffentlich erklärt hatte, daß sie sich als außerhalb der Konvention stehend betrachte. Dennoch konnte man damit rechnen, daß die Gegensätze zwischen den Kartellmitgliedern sich überbrücken lassen werden, aber den größeren Werken schien wohl die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage für einen durch keine Konventionsbestimmungen gehinderten Konkurrenzkampf besonders geeignet. Die Gegensätze innerhalb des Kartells bestanden zwischen den Fabriken, die ausschließlich billige Räder fabrizieren, und denen, die bessere Fabrikate herstellen. In den beteiligten Kreisen wird auch angenommen, daß die Auflösung der Konvention sich in der Hauptsache in einem verschärften Wettbewerb zwischen den Fabriken, die billige Maschinen produzieren, äußern wird. Die führenden Fahrradfabriken sahen in dem Schutz der Firmen, die sich mit der Fabrikation billiger Räder befassen, wie er durch die Konvention gewährleistet wurde, eine Beschränkung ihrer eigenen Geschäftstätigkeit und ein Hindernis für den angestrebten trustähnlichen Zusammenschluß. Von dem scharfen Wettbewerb nach dem Fall der Konvention erwartet man eine Ausschaltung oder ausreichende Schwächung einer Reihe von Firmen, die den Plänen der großen Werke bisher im Wege standen.

Massengüterbahnen. Wir leben in der Zeit der multiplizierten Größen. Die Grenzen von Zeit und Raum sind auf ein Minimum beschränkt. Dampfkraft und elektrische Energie ersetzen, ins Vielfache übertragen, die menschliche Arbeitsleistung. Die modernen Compoundlokomotiven sind Riesen mechanischer Lastenbewegung, und die neuesten Schiffskolosse lassen jene als Zwerge der Kraftentwicklung erscheinen. Im Wirtschaftsleben sinkt das Individuum zu einer Null herab; es ist nur noch ein Objekt der Kräftekonzentration, wird zur Dienerin der Maschinen. Und nach immer noch mehr gesteigerten Leistungen ist des sinnenden Menschengeistes Ziel gerichtet. Steigerung der Massenerzeugung und des Massentransportes, in Riesenbetrieben und Giganten der Bewegungsmittel, ist spekulativer Köpfe rastlose Arbeit. Der letzteren Aufgabe dienen soll eine Industriebahn, die das Ruhrbecken mit der Reichshauptstadt verbindet. Geheimrat Rathenau, der Generaldirektor der „A. E. G.", und Professor Wilh. Cauer sind die Väter des Projektes. Nicht nur der Idee, sondern auch des ausgedachten, bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Planes. Diesen unterbreiten sie der öffentlichen Begutachtung und Kritik in einer stattlichen Broschüre.

Man weiß, es sprechen da Interessenten zu uns. Rathenau ist des schöpferischen Gedankens Vater. Professor Cauer gab das literarische Gewand. Selbstverständlich verfolgt der Generaldirektor der „A. E. G." mit der Propagierung seiner Idee industrielle, wenn nicht gar nur direkte Interessen seiner Gesellschaft. Ein berechtigtes Unterfangen. Aber die Tatsache berechtigt dazu, mit einem gewissen Mißtrauen an die Lektüre des Buches heranzugehen. Man mag es tun und wird doch zugeben müssen: Die Darlegungen, Argumente, Tatsachenmaterialien, Berechnungen usw. haben etwas Bestechendes. Skeptizismus Ueberwindendes an sich! Man fühlt: Ueberzeugte und im Prinzip Ueberzeugende sprechen zu uns! Der Rhein-Hannover-Kanal soll gewaltige Güterbewegungen bewältigen. Noch ist die Inbetriebsetzung des Kanals in ziemlich weite Ferne gerückt, da wird uns in nüchternen Berechnungen gezeigt, daß für die Ansprüche der Zukunft des Kanals Leistungsfähigkeit nicht genüge. Und kühn gegen bisherige Anschauungen anstürmend, berechnen die Verfasser, daß eine Bahn nach ihrem Plan billiger arbeite als der Kanalbetrieb. Sie kämpfen gegen „laisser faire, laisser aller" auf diesem Gebiet. Man soll nicht, getrieben von des Tages Muß, das Notwendige für heute schaffen, sondern planmäßig zur Tat werden lassen, was von Realitäten getragene Berechnungen und Kalkulationen als der Zukunft Erfordernis erkennen lassen. Rathenau schreibt:

„Setzt man den Fall, daß Deutschland trotz schlechter Lage und mittelmäßigen Materialreichtums ein Produktionsgebiet ersten Ranges, in ost-westlicher oder nord-südlicher Richtung plötzlich in praktischem Sinne frach frei gemacht werden könnte, so wäre die wirtschaftliche Wirkung dieses Ereignisses nicht abzusehen. Nicht allein, daß alle bestehenden Industrien sofort unter weit verbesserten Bedingungen arbeiteten und ihren Absatz auf ein Vielfaches des gegenwärtigen Areals im In- und Auslande ausgebreitet sähen, daß somit auch ihre Konkurrenzfähigkeit dem Weltmarkt gegenüber sich gewaltig, und auf den Produktionszumfang rückwirkend steigerte: es wären vielmehr auch die Existenzmöglichkeiten für zahlreiche neue Industrien gegeben, die jetzt aus geographischen Gründen versagen; und gleichzeitig wäre die Industrialisierung derjenigen gut bevölkerten Landesteile wie etwa des preußischen Ostens gewonnen, die gegenwärtig aus Kargheit der Rohmaterialien und des Konsums unterbleibt. Es scheint phantastisch und ist dennoch nicht übertrieben, wenn erste Industrielle die Produktionsfähigkeit in einem praktisch frachtfreien Lande auf ein Vielfaches der gegenwärtigen veranschlagen. . ."

„Die Tarife lassen sich unter nüchternen Voraussetzungen auf die Hälfte bis ein Viertel der billigsten bestehenden Sätze reduzieren, und zwar durch den Bau besonderer Güterbahnen, die billiger, leistungsfähiger und rentabler sind als Kanäle."

Gegen künstliche Wasserstraßen führt Professor Cauer ins Feld die Kostspieligkeit der Anlage und starke Abhängigkeit des Betriebe von den Witterungsverhältnissen. Er schreibt:

„In dem Kampf um die Bewilligung von Mitteln zum Ausbau der preußischen Wasserstraßen ist behauptet worden, man müsse die überlasteten Eisenbahnen durch den Bau von Kanälen entlasten und hierdurch eine leistungsfähigere und billigere Beförderungsgelegenheit bieten. Die vorstehenden Untersuchungen haben gezeigt, daß ein Kanal in der Anlage erheblich teuerer ist als eine Güterbahn und dabei nur einen kleinen Bruchteil dessen leisten kann, was eine Güterbahn zu leisten imstande ist. Eisenbahnen durch Kanäle entlasten zu wollen, ist daher ein verkehrtes Unterfangen. In der Billigkeit der Transportkosten aber haben die Kanäle, wenn man wirtschaftlich richtig rechnet, schon vor den Eisenbahnen gewöhnlicher Art nicht viel voraus; dagegen werden sie von besonderen Massengüterbahnen in den Tarifen um ein Bedeutendes unterboten."

Die Kosten der befürworteten Anlage, die nur für den Gütertransport bestimmt ist, werden auf 200 bis 300 Millionen Mark veranschlagt. Die zweigeleisig ausgebaute Bahn soll, bei elektrischem Antriebe und 30 Kilometer Zuggeschwindigkeit, mit Transportgefäßen arbeiten, die die Raumfassung der heutigen Normalwagen um das Vierfache übersteigen. Ein Normalzug von 50 Wagen würde zirka 2000 Tonnen Nutzlast bewegen. Die Züge können, je nach Bedürfnis, in ganz kurzen Abständen abgelassen werden. Die vorläufige Leistung soll nach fünfjährigem Betrieb 10 Millionen Tonnen betragen, die Höchstleistung 100 bis 120 Millionen Tonnen. Die Bewegungskosten berechnet Professor Cauer wie folgt: Transport einschließlich Abfertigung pro Tonnenkilometer bei 170 Kilometer Entfernung 1,15 Pfg und bei 500 Kilometer nur noch 0,75 Pfg. Nach den jetzigen Gütertarifen sind die Transportkosten um das Zwei- bis Vierfache höher.

Erweisen sich die Berechnungen als nicht zu sehr von Phantasien beeinflußt, dann wird die Regierung dem Plane wohl nähertreten müssen, schon aus dem Grunde, weil die Elektrifizierung des Eisenbahnwesens doch nur eine Frage der Zeit ist und bei Umwandlung der Betriebe darauf Rücksicht genommen werden muß, ob eine Trennung des Güterverkehrs vom Personenverkehr sich durchführen läßt. Für die Betriebssicherheit und Erzielung größerer Fahrgeschwindigkeiten wäre eine Separierung jeden Verkehrs sicherlich von Vorteil.

W. im „Vorwärts".

Ki. **Auf dem Wege zum internationalen Kupfertrust.** Nach der Errichtung des europäischen Zinksyndikats und der internationalen Bleikonvention werden jetzt die Vorbereitungen zur Gründung eines internationalen Kupfertrusts getroffen. Unter den amerikanischen Kupferproduzenten soll die Verständigungsaktion, die von einem Präsidenten des Stahltrusts geführt wird, bereits so weit gediehen sein, daß der Stahltrustpräsident Mitte dieses Monats nach Europa reist, um Verhandlungen mit europäischen Produzenten einzuleiten. Die amerikanische Wirtschaftskrise begann gewissermaßen offiziell Ende des Jahres 1907 mit dem Zusammenbruch der Kupferspekulation, der Kupferpreis hatte seinen höchsten Preis in diesem Jahre mit 113 Pfund Sterling erreicht, in schneller Folge stürzte er bis 56 Pfund, im Laufe des Jahres 1908 trat dann eine Erholung bis auf 64 Pfund ein. Aber dieser Preis konnte sich nicht behaupten, er sank wieder bis etwa 58 Pfund für die Tonne. Man hatte aus der Steigerung des Kupferpreises, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1908 eingesetzt hatte, verschiedentlich den Schluß gezogen, daß die Wirtschaftslage sich gebessert habe, doch der darauf eintretende erneute Rückgang ließ erkennen, daß die Ausfuhrzunahme von Kupfer aus Amerika nach Europa, mit der eine Preiserhöhung Hand in Hand ging, nicht auf eine Steigerung des Verbrauchs zurückzuführen war, sondern auf umfangreiche Käufe, die in Anbetracht des ungemein niedrigen Preises erfolgten. Die Kupferbestände sind erheblich gewachsen, die Einschränkung der Produktion, die nach dem Krach von den großen amerikanischen Gesellschaften vorgenommen wurde, ist schnell zu einem Teil wieder aufgehoben worden. Dazu kam, daß neue Kupferbergwerke in Kanada und Mexiko aufgeschlossen wurden, bei sinkendem Verbrauch hat sich die Produktion erheblich vermehrt. Die Trustbestrebungen unter den amerikanischen Produzenten, die schon lange im Gange waren, haben durch die Lage des Kupfermarktes neue Anregungen erfahren. An der Weltproduktion von Kupfer, die 1907 etwa 720 000 Tonnen betrug, waren die Vereinigten Staaten mit ca. 470 000 Tonnen, also etwa 60 Prozent der Gesamtproduktion, beteiligt. Von europäischen Ländern ist an der Kupferproduktion Spanien mit ca. 34 600 Tonnen, Deutschland mit ca. 22 000 Tonnen beteiligt. Unter den Kupferkonsumenten steht Deutschland an zweiter Stelle, der Konsum der Vereinigten Staaten wird für 1907 auf 232 000 Tonnen beziffert. Deutschlands Konsum, der im Jahre 1898 ca. 97 000 Tonnen betrug, wird für 1907 auf ca. 150 000 Tonnen angegeben. Die Hauptverbraucher von Kupfer sind die Elektrizitätswerke. Die zahlenmäßig angeführte Beteiligung Deutschlands an der Kupferproduktion und dem Kupferkonsum zeigt zur Genüge, daß den deutschen Wirtschaftsinteressen das Zustandekommen internationaler Trust- oder Syndikatsvereinbarungen der Kupferproduzenten sehr wenig dienlich wäre.

Kommunales.

d. **Von der Westfälischen Landgemeindeordnung.** Mehrere Gemeinden, nebst den, den Gemeinden gleichgestellten Gütern bilden einen Verwaltungsbezirk, ein Amt, an dessen Spitze ein Amtmann steht. Ein Amt kann jedoch auch aus einer einzigen Gemeinde bestehen. Es soll das aber nur der Fall sein, wenn sie von einer solchen Größe und Leistungsfähigkeit ist, daß sie die dem Amte gestellten Aufgaben zu erfüllen vermag.

Das Amt ist als Verwaltungsbezirk ein Zwischenglied zwischen der Gemeinde und dem Kreise. Es kann für solche Angelegenheiten, welche für alle zu ihm gehörige Gemeinden ein gemeinschaftliches Interesse haben, einen Kommunalverband bilden. Ein solcher Kommunalverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit allen Rechten einer Gemeinde. Welche Angelegenheiten der Regelung durch den Amtskommunalverband anheimgegeben sollen, darüber hat, sofern sie nicht durch gesetzliche Vorschriften besonders bestimmt sind, die Amtsversammlung unter Genehmigung des Kreisausschusses zu beschließen. Hat jedoch eine Angelegenheit bisher nicht zu diesen Gegenständen gehört, so ist die Zustimmung der Gemeinden und der Besitzer der den Gemeinden gleichgestellten Güter erforderlich.

Für einzelne bestimmte Angelegenheiten, bei welchen mehr als eine, aber nicht alle Einzelgemeinden eines Amtes ein gemeinschaftliches Interesse haben, kann mit Zustimmung der beteiligten Gemeinden und Besitzer der den Gemeinden gleichgestellten Güter ein besonderer Verband gebildet werden. Diese Angelegenheiten gehören alsdann zum Geschäftskreise des Amtmanns und der Amtsversammlung; jedoch haben die Vertreter der nicht beteiligten Gemeinden darüber nicht mitzubeschließen.

Durch diesbezügliche Reichsgesetze ist das Amt als Kommunalverband befugt, folgende Angelegenheiten in den Kreis seiner Wirksamkeit zu ziehen:

1. Errichtung eines den ganzen Amtsbezirk umfassenden Gesamt-Armenverbandes (§ 3 des Unterstützungswohnsitzgesetzes).
2. Errichtung einer gemeinsamen Ortskrankenkasse (§ 43 des Krankenversicherungsgesetzes).
3. Festsetzung der Beschäftigungszeit der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen (§ 41b und 105b der Gewerbeordnung).
4. Ausdehnung der täglichen Ruhezeit der in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben beschäftigten Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter von 10 auf 11 Stunden (§ 139e der Gewerbeordnung).
5. Begründung der Verpflichtung zum Besuche einer Fortbildungsschule für männliche Arbeiter, sowie für weibliche Handlungsgehilfen und -lehrlinge unter 18 Jahren (§ 120 der Gewerbeordnung).
6. Errichtung von Gewerbegerichten zur Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten (§ 1 des Gewerbegerichts-Gesetzes).
7. Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf weitere Kreise von Personen (§ 2 des Krankenversicherungsgesetzes).
8. Bestimmungen über den Bezug einer Alters- und Invalidenrente in Form von Naturalleistungen (§ 24 des Invalidenversicherungsgesetzes).

Die Veränderung oder Auflösung eines Amtsbezirks, bezw. Bildung eines Amtes aus einer Gemeinde oder mehreren Gemeinden und den Gemeinden gleichgestellten Gütern erfolgt durch den Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse nach vorheriger Anhörung der Beteiligten und des Kreistages.

d. **50. Westfälischer Provinziallandtag.** Dem augenblicklich in Münster tagenden Provinziallandtag liegt wegen Abänderung der Landgemeindeordnung folgender Antrag des Abgeordneten Buschhaus-Hagen vor: „Der Provinziallandtag möge bei der Königlichen Staatsregierung dahin vorstellig werden, daß die Westfälische Landgemeindeordnung dahin geändert wird, daß die Amtmänner von der Amtsversammlung auf 12 Jahre gewählt und die Gemeinderatssitzungen öffentlich geführt werden". Bekanntlich wird der Amtmann nach den jetzt geltenden Bestimmungen durch den Oberpräsidenten, also staatsseitig auf Lebenszeit ernannt. Da der Antrag Buschhaus die genügende Unterstützung durch andere Abgeordnete fand, wird er in einer der nächsten Sitzungen im Plenum beraten werden.

Literarisches.

Die **„Sozialistischen Monatshefte"**, redigiert von Dr. J. Bloch (Administration, Berlin W., Potsdamer Straße 121h), die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 9. Heft ihres 15. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: James Ramsay Mac Donald: Die Krise im englischen Sozialismus. — Eduard Bernstein: Der Freischärlersozialismus wider die Arbeiterpartei Großbritanniens. — Karl Leuthner: Umlernen. — Robert Schmidt: Die Reform der Arbeiterversicherung. — Edmund Fischer: Der Entwicklungsgedanke. — Franz Clement: Balzac. — Sozialistische Bewegung von Dr. J. Bloch. — Naturwissenschaften von Dr. B. Borchardt. — Dichtkunst von M. Hochdorf. — Verkehr von F. Linke. — Notgedrungene Erklärung von K. Leuthner. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal (6—7 Hefte) 3 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auf jeder Postanstalt, bei allen Kolporteuren, in den Kiosken, sowie direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte", Potsdamer Straße 121h, Berlin W. 35. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Vermischtes.

Ein Sünder. Aus dem heiligen Speier wird der „Frankfurter Zeitung" folgendes Geschichtchen erzählt:

Ein hiesiger Bürger, ein Mann von 69 Jahren der in der Stadt allgemeine Achtung genießt, führt seit 1901 das Protokollbuch des hiesigen katholischen Männervereins, und zwar, wie von dem zweiten Vorsitzenden anerkannt, mit treuer Pflichterfüllung. Dieser Tage fand nun im hiesigen katholischen Vereinshaus Ausschußsitzung des Vereins statt. Es soll an die Chargenverteilung gegangen werden. Da erhebt sich ein Herr Professor am Gymnasium (der sich unlängst in der vielfach besprochenen Angelegenheit der Schülerdemission — wegen der Ohrenbeichte — rühmlichst bekannt gemacht hat) und nimmt das Wort zu folgender Rede:

„Meine Herren! Eh' wir an die Chargenverteilung gehen, eine kurze Erörterung! Ich muß Sie allen Ernstes fragen, ob der bisherige Schriftführer, der heuer wieder gewählt worden ist, fähig sein wird, das Amt eines Schriftführers in unserem katholischen Verein weiterzuführen. Er sollte, wie ich glaube, seine freie Zeit für sein Haus verwenden! Ich habe seinen großen Sohn (NB. Ein Jüngling von 20 Jahren) schon mehrmals mit einem protestantischen Mädchen im Verkehr gesehen. Am hellen, heiligen Karfreitag, während andere Katholiken andächtig die Kirche besuchen, habe ich ihn mit zwei protestantischen Mädchen (NB. Schwestern) über die Straße gehen sehen!!!"

Es ist die höchste Zeit, daß mit allen geistlichen Strafen gegen diese unverbesserlichen Ketzerfreunde vorgegangen werde. Es muß schleunigst Vorsorge getroffen werden, daß die Speierer Katholiken überhaupt keine Protestanten mehr zu sehen bekommen. Man könnte über die fanatische Verranntheit des Speierer Professors lachen, wenn sie nicht bodenlos betrübend wäre für jeden Freund des Fortschritts.

Ein „eifriger" Diener Gottes. Zur Erbauung aller wahrhaft frommen Seelen berichtet, wie wir der „Welt am Montag" entnehmen, das klerikale Organ „Leo" (wohl das unter diesem Titel in Paderborn erscheinende „Sonntagsblatt für das katholische Volk") von der eifrigen Tätigkeit eines Missionars das folgende Stücklein:

„Im Jahre 1882 haben die Rothäute ihn zum Tode verurteilt, an einen Baum gebunden und schon Feuer angelegt, da hat er sich noch durch eine List gerettet. 1884 haben die Nordamerikaner 284 Rothäute gefangen genommen, die alle erschossen werden sollten. Der Oberst, ein treuer Katholik (!), ließ dem Missionar sagen, wenn er noch etwas für die Seelen tun könne, möge er doch kommen. Er erwirkte einen Aufschub der Hinrichtung, und als nach drei Tagen alle genugsam unterrichtet waren, sollte am frühen Morgen das Urteil vollstreckt werden. Die 284 jungen Männer wurden je 10 Schritt auseinander aufgestellt, der Priester trat heran, taufte den ersten, und kaum daß er sich abgewandt, durchbohrte den Indianer die Kugel, und so ging es, bis alle 284 durch Gottes Gnade und den Heldenmut dieses eifrigen Priesters in den Himmel eingingen."

Wie wohlgefällig wird wohl dem christlichen Gott der Liebe „der Heldenmut dieses eifrigen Priesters" gewesen sein!

Wahre Jünger Jesu. Wir entnehmen der „Tribüne":

In der letzten Donnerstags-Nummer des frommen „Reichsboten" findet sich folgendes originelle Geldgesuch:

„Ein Pastor sucht von einem wahren Jünger Jesu gegen Schuldschein und pünktliche Zinszahlung auf 3 Jahre 7000 M. zu leihen. Off. unter P. K. 505 beförd. die Geschäftsst. des „Reichsboten"."

Wenn der Geldsucher nicht ein Pastor wäre, könnte man glauben, es sei ein boshafter Antichrist, der einen wahren Jünger Jesu um 7000 Mk. prellen wollte. Aber ein Pastor ist doch selbst auch ein wahrer Jünger Jesu, und es ist immerhin nicht gut anzunehmen, daß ein wahrer Jünger Jesu den anderen anschmieren will. Der Herr Pastor scheint also die redliche Absicht zu haben, den Betrag zurückzuerstatten. Aber wozu braucht er das Geld? Die wirklich wahren Jünger Jesu waren ja im Besitze ähnlicher Summen und ihr Meister erst recht nicht. Hat der Herr Pastor Schulden? Das wäre unziemlich. Oder hat er gar einen „Fehltritt" begangen, für den er jetzt büßen soll? Das wäre noch schlimmer. — Doch sei dem, wie ihm wolle, als guter Mensch hoffe ich, daß jemand dem notleidenden Pfarrherrn hilft. Ein wahrer Jünger Christi wird dieser Menschenfreund zwar nicht sein, denn die besitzen in der Regel selbst nichts, aber ich glaube, der geistliche Herr nimmt das Geld schließlich doch auch von einem Andersgesinnten, wenn möglich gar von einem Juden. Man riecht ihm ja nicht an, wo es her ist.

Ein wahrer Jünger Jesu scheint mir auch der Buchhändler L. in Kaiserslautern zu sein, der nach der „Pfälz. Post" in den Schulen während der Religionsstunden an die Kommunikanten Kärtchen verteilen läßt, die das Bild Jesu zeigen, wie er vor einer Kommunikantin steht. Darunter befinden sich die Worte: „Zur ersten heiligen Kommunion", auf der Rückseite aber die folgenden: „Mein Kind! Ich rate dir, deine Kerze, Gesangbuch, deinen Rosenkranz usw. usw. am Fackelrondell in der Buchhandlung L. zu holen, dort findest du das schönste."

So wird in Jesu Namen Reklame gemacht und Geld gepumpt, lauter Dinge, die dem Nazarener sehr fern lagen. Er würde diese Mißbraucher seines Namens sicherlich zum Teufel jagen, wie er seinerzeit die Wechsler und Krämer aus dem Tempel gepeitscht haben soll. — Es ist für ihn selbst und für seine angeblichen Verehrer ein gleich großes Glück, daß er nicht mehr lebt.

Die Brandstiftung der Schwarzen Hand in Newyork. Ueber die neueste Schreckenstat der Newyorker Mafia, die Brandkatastrophe, der, wie bereits gemeldet, 9 Tote und 50 Verwundete zum Opfer fielen, wird weiter aus Newyork berichtet: Vor wenigen Tagen erhielt ein Einwohner des vom Feuer zerstörten Hauses namens Brucchi einen Erpresserbrief folgenden Inhalts: „Entweder zahlt Ihr 5000 Francs oder es ist um Euer Leben geschehen. Petrosino ist tot und die Schwarze Hand lebt noch." Der Brief wurde unverzüglich der Polizei übergeben. Am 30. April hörte man um 2 Uhr nachts in Springstreet, wo das beregte Haus gelegen, gellende, von Revolverschüssen unterbrochene Hilferufe. Die Herbeieilenden sahen sich dem lichterloh brennenden Gebäude gegenüber, das in einem Augenblick von den durch den heftigen Sturm aufgepeitschten Flammen eingehüllt war. Wie die meisten der amerikanischen Häuser war auch das in Rede stehende zum Zweck der raschen Rettung aus Feuersnot mit außenangelegten Treppen versehen, aber nur zu oft dienen diese Außentreppen als Ablagerungsstätte für allerlei Hausgeräte und Gerümpel. Das war auch hier der Fall, und infolgedessen sahen sich die Bewohner der großen Mietskaserne der Möglichkeit beraubt, sich des Rettungsweges über die Treppen zu bedienen. Unter den den Ausgängen Zudrängenden kam es zu verzweifelten Kämpfen. Frauen warfen ihre Kinder aus dem Fenster auf die Straße und folgten ihnen im Todessprung. Die Feuerwehrleute zeigten sich als wahre Helden und bemühten sich mit Todesverachtung um die Rettung der vor Schreck der Besinnung beraubten Menschen, die schreiend und heulend an den Fenstern hingen und jeden Augenblick in die Tiefe zu stürzen drohten.

Briefkasten der Redaktion.

42. Abonnent. Die nähere Adresse ist uns nicht bekannt, Sie können dieselbe aber beim dortigen Magistrat erfahren.

Osnabrückerstraße. Ja, das kann in Abzug gebracht werden.

Vereins-Kalender.

Donnerstag.

Männer-Gesangverein „Hoffnung" abends 9 Uhr bei Fischer, Herforderstraße.
Arbeiter-Gesangverein „Solidarität" 9 Uhr bei Hellfinger, Schmiedestraße.
Arbeiter-Gesangverein „Frisch Auf" 9 Uhr bei Indiestel.
Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts", Gadderbaum 9 Uhr bei Brackstiek.
Zitherklub „Alpenklänge" 9 Uhr bei Lange, Teichstraße.
„Zither-Quartett-Verein" 9 Uhr bei Hagemann, Heeperstraße.
Freie Turnerschaft Bielefeld, Abt. „Frisch Auf" 8½ Uhr bei Imkamp, Engerschestraße.
Arbeiter-Turnverein „Westfalia" 8½ Uhr bei Holz, Restaurant zum Siegfried.
Freie Radfahrer-Vereinigung Bielefeld, Abteilung 3, ½9 Uhr bei H. Lohmann.
Kegelklub „Hamburger Wappen" 8½ Uhr bei Vogt, Hallerweg.
Kegelklub „Einigkeit" abends 9 Uhr bei Beckmann, Kl. Howe.
Radfahrerklub „Eilrad" 9 Uhr bei Freudenau, Heeperstraße.
Skatklub „Zur guten Quelle" 9 Uhr bei Witwe Pilgrim, Ziegelstraße 50.
1. Bielefelder Bandonion-Klub ½9 Uhr bei Fritz Beckmann, Kleine Howe.
Theaterklub „Thalia" 8 Uhr bei Freudenau, Heeperstraße.
Guttemplerorden, Loge „Westfalenland", 8¾ Uhr.
Sieker. Arbeiter-Radersahrerklub „Wanderlust" bei Sittig, Detmolderstraße.
Brackwede. Gesangverein „Einigkeit" 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Schildesche. Gesangverein „Heiderose" 9 Uhr bei Siekmann, Herforderstraße.
Schildesche. Radfahrerverein „Fliegender Adler" 9 Uhr bei Krämer.
Schildesche. Kraft-Sport-Verein ½9—½11 Uhr bei Wirt Schaepersmann, Wilhelmstr. 17.
Schildesche. Guttempler-Loge „Rote Erde" 8¾ Uhr bei Grothaus, Amselstraße 7.
Babenhausen. Kegelklub „Freie Bahn", 8½ Uhr bei Böke.
Heepen. Turnverein „Jahn" 8½ Uhr bei Wirt Müller.
Ubberdissen. Radfahrerverein „Viktoria" 9 Uhr bei Tigges, Rollkrug.
Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr bei Brünig.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 8½ Uhr bei Liedtke.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Stiftberg" 9 Uhr bei Wirt Tiemeyer.
Herford. Arb.-Turnverein „Einigkeit" 8½ Uhr bei Wirt H. Freitag, Ahmserstraße.
Spenge. Arbeiter-Gesangverein „Solidarität" 8½ Uhr bei Wirt Lippelmann.
Oerlinghausen. Arbeiter-Gesangverein „Solidarität" 8¾ Uhr bei C. Löhr.
Schötmar. Radfahrer-Verein „Wanderer".
Detmold. Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts" 9 Uhr.
Südlengern. Gesangverein „Einigkeit" 9 Uhr.
Rehme. Arbeiter-Gesangverein 9 Uhr bei Röbke.
Minden. Arbeiter-Sängerbund 8¾ Uhr: Gemischter Chor.
Lübbecke. Arbeiter-Radfahrerverein „Schwalbe" 9 Uhr bei Wirt Baumeister.

Kinematographen-Theater zur alten Post. 2589

Wir sind stets bemüht, unsern Besuchern das Neueste in ernsten und heiteren Aufnahmen vorzuführen.

Amerikanischer Prachtfilm. Aeußerst spannend!

Der Undankbare.

Ein verirrter Jäger wird von einem Fallensteller und seiner Frau aufgenommen und erquickt. Die Frau aber hat es ihm angetan und um freies Spiel zu haben, lockt er den Mann in eine Bärenfalle, in welcher der Arme die größten Qualen ausstehet. Während dessen verteidigt sich das geängstete Weib gegen den Unhold, flieht vor ihm und findet ihren Gatten, den sie befreit. Der herzueilende Jäger erhält seinen Lohn und beruhigt kann das hartbedrängte Ehepaar seinem Heim zusteuern.

Der Tischler. Ein Volksstück.
Zwanzig Jahre an einer Arbeitsstelle tätig, verliert ein alter Tischler seine Beschäftigung, versucht vergeblich einen anderen Posten zu erhalten und geht endlich verzweifelt ins Wasser. Durch die Tochter seines früheren Meisters gerettet, erhält er seine alte Arbeit wieder.

Das Rettungsboot.
Bilder von der Wasserkante, den Gebrauch eines Rettungsbootes zeigend. Sehr interessante Naturaufnahme!

Die Liebe des Paschas und sein Sohn.
Eine lustige Harems-Intrigue, die Einblicke in das Allerheiligste des türkischen Hauses gewährt.

Famoses **Tonbild:** Kußlied aus der in Berlin allabendlich gegebenen Operette „Herbstmanöver".

Zwei brave Herzen. Drama.
Das Vaterland ruft und auch ein älterer Landmann tritt in das Freiwilligenkorps ein. Auf Posten wird ihm die Kunde, daß sein Kind todkrank. Er eilt in sein Heim, wird dort verhaftet und soll als Deserteur erschossen werden. Aufopfernd verhindert die Frau aber die Exekution.

Liebesgeschichten.
Herrlich kolorierte Szenen des alten Spruches: Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen.

Des Doktors Liebesbrief.
Urkomischer Streich eines übermütigen Mädchens.

Der Tierfreund.
Humoristische Versuche mit einem neuen Lebenswecker.

Verband der Vertreter der Pastor Felke-Heilweise e. V.

Freitag, den 7. Mai, abends 8½ Uhr, im Saale des **Ev. Vereinshauses,** Bahnhofstraße:

Lichtbilder-Vortrag

über **Augendiagnose** nach den Grundsätzen des Herrn **Pastor Felke** zu **Repelen.**

Nach dem Vortrag: **Freie Diskussion.**

Die Herren Aerzte werden hiermit besonders dazu eingeladen.

Zur Deckung der Unkosten wird **50 Pfg.** Eintrittsgeld erhoben.

2542*] **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück. 2574

Mitglieder-Versammlungen:

Ortsgruppe Schildesche. Sonnabend, den 8. Mai, abends 9 Uhr, im Lokale des Wirts Lücking. Tagesordnung im Lokal.

Ortsgruppe Gellershagen. Sonnabend, 8. Mai, abends 8½ Uhr, im Lokale des Wirts Johrmann, Jöllenbeckerstraße. Tagesordnung: 1. Vierter Vortrag des Genossen Hoffmann über Kulturentwicklung. 2. Gemeindeangelegenheiten.

Ortsgruppe Sieker. Sonnabend, 8. Mai. Tagesordnung: 1. Abrechnung von der Maifeier. 2. Kommunales.

Ortsgruppe Stieghorst. Sonnabend, den 8. Mai, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Sieker 228. Tagesordnung im Lokal.

Ortsgruppe Quelle. Sonnabend, 8. Mai, abends 8½ Uhr. Tagesordnung im Lokal.

Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Mitglieder-Versammlungen zu erscheinen.

Der Vorstand.

Schildesche. Schildesche.

Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn **Lücking:**

Gewerkschafts-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Gewerkschaftsfest.
2. Bibliothek-Angelegenheiten. 2575
3. Ausflug.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder wird in Anbetracht der 9 Uhr stattfindenden Parteiversammlung gebeten.

Die Gewerkschafts-Kommission.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Bielefeld bringe ich hiermit zur gefl. Kenntnis, daß ich am heutigen Tage ein

Kolonial-, Obst- u. Gemüse-Geschäft

im Hause **Am Bach 32** eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, nur gute und beste Waren bei soliden Preisen zu führen und ich bitte daher, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Bielefeld, den 5. Mai 1909.

Hochachtend

2581*] **Carl Albrecht.**

Bekanntmachung.

Nachdem die gegen den Fluchtlinienplan für die Bahndammstraße erhobenen Einsprüche zurückgewiesen sind, wird dieselbe hierdurch förmlich festgesetzt und 8 Tage lang zu Jedermanns Einsicht auf dem Rathause I (Stadtbauamt, Rathaus-Zimmer Nr. 7) offen gelegt. § 8 des Gesetzes vom 2. Juli 1875.

Herford, den 3. Mai 1909. **Der Magistrat.** Busse.

Solange der Vorrat reicht

verkaufe:

Blumentöpfe		4 ₰
3 Paar	**Kindertassen**	10 ₰
2 Paar	**Kinderbecher**	15 ₰
1 grosse Tasse		10 ₰
1 Goldrandtasse		20 ₰
5 kleine Kümpe		10 ₰
2 grössere Kümpe		10 ₰
1 grosser Kaffeekump		10 ₰
Kleine Teller		3 ₰
Grosse Teller		5 ₰
6 Stück Satzkümpe		1.20
1 ganz grosser	**Gemüsekump**	50 ₰
1 grosses	**Nachtgeschirr**	35 ₰
1 grosser	**Glasteller**	6 ₰
1 hochfeines	**Likörservice**	1.98
1 gutes buntes	**Kaffeeservice**	2.25
1 Posten	**Sportwagen** gut	3.95
1 Posten	**Waschkörbe** gross	1.95
1 Posten	**Reisekörbe** gross	4.50
1 Posten	**Spazierstöcke** gut	48 ₰

In sämtlichen

Haushalt- u. Geschenk-Artikeln

habe **grosse Posten billig** gekauft und gebe selbe mit ganz kleinem Nutzen ab.

Nur ganz allein bei 2587

Max Langendorf

Steinstrasse 3/5.

Strohhut „Volksfreund" 75 ₰



In der Welt voran.

Bernhard neuester Filzhut 2579

Bülow-Mütze in allen Farben.

Letzte Neuheiten.

Bielefelder Hut-Bazar

Inhaber: **Richard Bingmann**

nur 27 Bahnhofstrasse 27 nur.

Notizbücher

in allen Größen — gutes Papier — zu haben in der **Buchhandlung „Volkswacht".**

Habe 2 schwere **dickfette Pferde** geschlachtet. 2588*

Nur prima Fleisch.

G. Menkhoff, Rosenstr. 26.

Hochzeits-Einladungen
liefert schnell, sauber und billig
Buchdruckerei „Volkswacht".

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kochherde,
weiß und schwarz emailliert, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl, sollen räumungshalber zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Ritterstraße 57. 2438

Kaffee.
Mein jahrzehntelang bekannter und beliebter gebr. Plantagenkaffee, pro Pfund 1 Mark, bleibt unübertroffen Beweis: Das gleichlautende Urteil aller Hausfrauen, sowie der ständig steigende Umsatz. Wer nicht probiert — verliert! Kaufhaus Wirths, Kreuzstraße Nr. 28, Nebelswall. [2578

Fahrräder,
sowie sämtliche Zubehörteile, als Laufdecken, Luftschläuche, Lenkstangen, Felgen, Pumpen usw., zu billigsten Engrospreisen. Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrrad-Industrie G. m. b. H., Verkaufsläger: Friedrichstraße 25. 1982

Dr. Crato's 2321*
Back- und Puddingpulver usw. mit Prämienbons. Aufdruck: 50 Bons, für welche Stratmann & Meyer wie sonst eine Dose Biskuit verabfolgen. 10 Stck. 60 Pfg., 100 Stck. 5.85 Mk. Kaufhaus Wirths, Kreuzstraße 28.

Rote
Speisekartoffeln, per Pfund 4 Pfg., zentnerweise billiger, empfiehlt Kronsbein, Bleichstraße 66. [2552*

Waschanzüge
sowie einzelne Hosen und Blusen in reicher Auswahl und preiswert. August Hey, Spindelstraße. [2554*

2582* **Speisekartoffeln**
empfiehlt in bester Qualität H. Fechtel Nachf., Inhaber Bernhard Wienand, Ravensbergerstraße 7, Telephon 218.

Lorbeerbäume
in allen Größen, billig, Epheukästen, Bepflanzung von Balkonkästen, Ampeln u. s. w., Neuanlagen und Instandsetzung von Gärten; Topfblumen billigster Marktpreis. Wilh. Bleimund, Heeper- und Kaiserstraßen-Ecke. Fernruf 1576. [2553

Erbsenreiser
empfiehlt billigst Heinr. Schnittker, Fehrbellinerstraße. [2589*

Speck!
Prima westfälischen, à Pfd. 85 Pfg. empfiehlt Herm. Detert, Jöllenbeckerstraße 37. 2465*

Leinölfirnis 2466*
à Liter 55 Pfg. Herm. Detert.

Erbsenbraken
abzugeben. Herm. Detert. [2467*

Kartoffeln, 2544*
magnum bonum, Pfund 4½ Pfg., empfiehlt Greve, Jöllenbeckerstr. 51.

Paletots, 2546
Anzüge, zurückgesetzt und gebraucht, von 7 Mk. an. Brunnenstr. 12a.

Dienstmädchen,
tüchtiges, sofort gesucht. Brüderpfad 7 I. [2584

2 Wohnungen
von je 4 Räumen in meinem Hause in Quelle, Nähe der Rennbahn, per 1. Oktober 1909 zu vermieten. Näheres bei W. Gröppel, Brackwede, Am Bahnhof. [2541*

Zimmer, 2576*
möbliert, mit Morgenkaffee, an zwei junge Mädchen billig zu vermieten. Kampstraße 5, II.

Abonnementspre
für Bielefeld und Umgeg
wie bei sämtlichen Agentu
ins Haus gebracht 60 Pfg.
lich. Durch die Post
1,80 Mk. vierteljährlich
Bestellgeld.
Einzelnummer 10 P

Erscheinungstag
mit Ausnahme der Son
Feiertage täglich nachmi

Fernsprech-Anschluß Nr

Nr. 105.

Die heutige

Zwischen der Regi
handlungen im Gange
finanzreform herbeizu
präsident Graf Stolb
kannte Herr von Zed
man folgendes an:
Die Konservative
sich auf kinderlose
für eine Wertzuwa
Freisinnigen für da
in welchem die Liebe
sition in erster Linie
ist. — Die Verhand
langt.
Eine gewisse Best
parteioffiziösen Artike
gestellt, daß die Regie
lionen indirekter und
Augenblick haben könn
anfälle von Ehegatten
für die Wertzuwachss
angelegte und an den
in zureichenderer Wei
wird in dem Artikel
schaftssteuer durch die
die Konservativen die
lassenschaft kinderloser
wird, werden sie zwei
Wir können an die
Eine Erbschaftssteuer
nennenswerten Ertrag

Bülo

Die „Norddeutsche
ihres Blattes eine Po
denz". Letzteres Blat
Konservativen dem Er
im Vertrauen auf di
preußischen Finanzmi
Kinder und Ehegatten
Bülows erklärt nun,
abgegeben worden, in
sprechen. Wenn der
halte, so nicht aus G
sondern aus der Erwä
gemeinen Uebereinstim
steuer veranschlagten
sein muß, und eine a
tragreiche Besitzsteuer
Der Reichskanzler ha
schlag, die Wertzuwa
lehnend verhalten; nu
Ersatz für die Erbanf
weis ein ausreichende
winnen ist.
Am Schlusse der G
„Weiter muß di
als richte die Reichs
die Bekämpfung der
in der Frage der
vielmehr nie einen
kommen von 400 Mi
notwendige Basis fi
die angemessene Be

Die Rücktri

Die Nachricht, daß
seinem Amte scheiden
kommentiert. In der
daß es sich nur um ei
Blättern, die den Ko
dem Fürsten Bülow d
reform scheitern sollte,
Stellung nimmt die „
wissen genau, was sie
weist auch die „Deutsch
Scheitern der Finanz
Fürst Bülow gehen mi
wenn die Ueberzeugun
setzen könne, was dem
dürfte aber wenige Po
des Reichskanzlers me
ihm. Die Agrarier
Kanzlerwechsel durcha
reform.
Gegenüber der Me
respondenz", daß Fürs
sichten trage für den
eine Einigung über
„Berliner Lokalanzeig
rierte Richtigstellung,
„In dieser Form
keine Bestätigung.
Gedanken ernstlich i
rückzutreten, falls
definitiv aussichtslos
jetzt einen äußersten
habe, entspreche nich
Daß der Kanzler
Korn zu werfen, ob
vorzeitig abzubrechen
gen keinen Zweifel
beiten" an dem bego
Danktelegramm an
hofft, wie er der Br
drückte, „daß praktis
über blutleere Dokt
Da der Rücktritt
tern der Finanzrefo
wohl annehmen, daß